



Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz

und unser Verhältnis zu Deutschland.

Von

Dr. Hermann Bächtold

Professor der Geschichte an
der Universität Basel



Kommissionsverlag Benno Schwabe & Co.
Basel 1916

Die nationalpolitische Krisis in der Schweiz

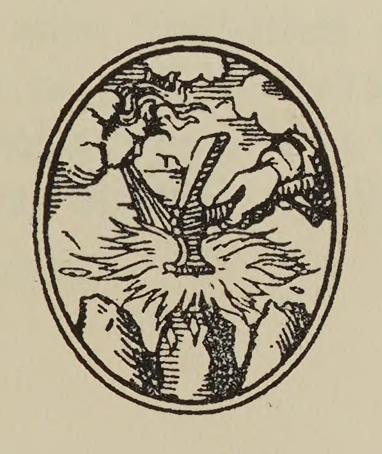
und

unser Verhältnis zu Deutschland.

Von

Dr. Hermann Bächtold

Professor der Geschichte an
der Universität Basel



Kommissionsverlag Benno Schwabe & Co.
Basel 1916

Schweighauserische Buchdruckerei, Basel.

Vorwort.

Die vorliegende Schrift ist in der Hauptsache im Frühsommer 1915 entstanden. Ich bitte den Leser, sich diesen Umstand gegenwärtig zu halten. Wenn auch nachträglich noch manche Zusätze und Einschiebungen hinzugekommen sind, so habe ich doch die „Kriegspublizistik" des In- und Auslandes nach jenem Zeitpunkt nicht mehr in dem Umfange verfolgt wie vorher. Die Gedanken und Urteile haben sich zwar in diesem letzten halben Jahr in mancherlei Richtung weiterentwickelt, doch nicht in dem Maße, daß meine Ausführungen vom Juni 1915 im Februar 1916 gegenstandslos geworden wären.

Ich habe auch als Historiker geschrieben mit der Absicht, einen kleinen Beitrag zur Ideengeschichte politischer Strömungen unseres Landes zu liefern. Die steigende Ueberzeugung von der Existenz schädlicher Forderungen und falscher Urteile hat aber neben dem wissenschaftlichen Zweck den praktischen so in den Vordergrund gerückt, daß die Schrift in der Form, wie sie erscheint, wesentlich von letzterem beherrscht ist.

Wenn dabei auch unser Verhältnis zu Deutschland ins Auge gefaßt wird, so geschieht es, weil die Gestaltung desselben abhängig ist von der inneren nationalen Frage. Daß nicht vom offiziellen Verhältnis zu Deutschland die Rede ist, ist selbstverständlich.

Basel, im Januar 1916.

Der Verfasser.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

Die Auseinandersetzung über unsere nationale und internationale Haltung versiegt immer noch nicht, trotzdem allmählich da und dort eine kaum erträgliche Wiederholung und oft auch Verwässerung einmal ausgesprochener Gedanken, nicht selten auch leere Phrasenhaftigkeit Platz greift. Ich meine aber, daß es nur nützlich ist, die Auseinandersetzung weiter zu führen. Die Geschichte läßt die Menschen gar oft erst nach langem Tasten das Richtige finden, falls sie ihnen nicht eine Persönlichkeit schenkt, die mit Kopf und Kraft instinktiv die richtige Richtung einschlägt. Eine solche Persönlichkeit ward uns in unserer gegenwärtigen geistigen Krisis nicht. Worüber allerdings, wie wir gleich sehen werden, nicht alle ganz einig sind.

Aber wenn wir diesem unserm Reden und Schreiben weiteren Lauf lassen sollen, so scheint mir doch nötig zu sein, daß wir uns von Zeit zu Zeit über das Geredete und Geschriebene zurückblickend besinnen, daß wir vor allem zur Klarheit kommen über die grundlegenden Richtungen politischen Denkens, die der Mannigfaltigkeit der individuellen Aeußerungen zu Grunde liegen, und daß wir überdies diese Strömungen über ihre zeitgenössischen Träger hinaus in ihre historischen Wurzelböden zurückverfolgen. Denn so wie die Probleme, die uns jetzt alle beschäftigen, nicht im Kriege geboren, durch ihn vielmehr zum Teil nur ans Licht gebracht und brennend geworden sind, so sind auch die Ideen, die den Lösungsvorschlägen zu Grunde liegen, nicht erst Produkte unserer Tage. Geschichtliche Krisen sind nicht nur Neuschöpfer, sie sind auch Offenbarer.

Die gegenwärtige Publizistik muß nun den Historiker förmlich reizen, ideengeschichtliche Untersuchungen anzustellen. Allerdings nicht eine Gesamtanalyse und geschichtliche Darstellung unseres politischen und nationalpolitischen Denkens soll hier geleistet werden.

Das würde eine ganze Reihe von Untersuchungen erfordern. Nur eine (allerdings zusammengesetzte) Ideenschicht soll abgedeckt und bloßgelegt werden, demgemäß auch über unsere heutige Publizistik kein Gesamturteil abgegeben und ferner soll jene Ideenschicht nicht Etappe um Etappe bis auf ihre Entstehung zurückverfolgt werden.

Der praktische Zweck unserer Ausführungen, der für jetzt schließlich die Hauptsache ist, bringt es mit sich, daß hier einmal die Richtung unseres politischen Denkens herausgehoben wird, die wir im wesentlichen für wertlos, ja schädlich halten, wenn es sich darum handelt, die wahre nationale Haltung zu bestimmen. Es kommen also Strömungen in Betracht, von denen wir unser nationalpolitisches Denken reinigen müssen, Strömungen, gegenüber denen es die wahre Substanz unserer nationalen Haltung herauszustellen gilt.

Wenn die folgenden Darlegungen deshalb in weitem Maße polemisch sein müssen, so mag man wohl beachten, daß mich Personen und persönliche Ansichten nur interessieren, insoweit sie Manifestationen allgemeiner Denkerscheinungen und Auffassungen sind.

Politischer Dilettantismus. Kulturpolitisches und unstaatliches Denken.

Ereignisse so ungeheuren Ausmaßes wie der gegenwärtige Krieg führen Wandlungen herauf, die nicht nur die auswärtigen Lebenssphären der Völker, sondern auch die innere Struktur der Staaten ergreifen und über den Kreis der Kriegführenden hinaus sich zu allgemein-geschichtlichen Wandlungen auswachsen. Der Krieg führt nicht nur zu neuen Konstellationen der Staaten untereinander, sondern auch zu neuen Konstellationen der Kräfte und Ideen, die das Leben der Staaten im Innern bestimmen. Als die augenfälligste und umfassendste solcher Wandlungen — die aber zum Teil nur eine schon vorher in Gang gekommene Bewegung mit mächtigem Ruck beschleunigt — bietet sich die Erscheinung dar, wie in riesigen Zusammenschmelzungsprozessen die Geschlossenheit der Staatsvölker in Gefühl und Haltung sich steigert und bereichert.

Von diesen nationalen Zusammenschlüssen hebt sich um so schärfer die Gesinnungszerklüftung ab, die der Krieg in unserm Lande zum Teil bewirkt, zum Teil nur erst ans Licht gebracht hat. Die Spaltung, die die ausschlaggebenden Mächte der Welt und ihre kleinere Klientel in zwei Lager auseinandertrieb, pflanzte sich in merkbarem Riß durch unser Land hindurch fort. Das politische Problem, als dessen glückliche Lösung die politische Publizistik seit Jahren unser Land hinstellte — nämlich die friedliche Einheit verschiedener Sprach- und Kulturvölker, resp. Völkersplitter in einem festgefügten Staatsvolk — stand auf einmal wieder als Problem und als nicht vollgelöste Aufgabe vor uns. Verlief auch der Riß im ganzen außerhalb der Grenzlinie, die in uns Einzelnen rechtlich das öffentliche Wesen umschließt und vom privaten absondert, so näherte er sich ihr doch mehrfach recht bedenklich. Und der Streit ging hauptsächlich darum, wo diejenige Grenzlinie zu verlaufen habe, die nicht

das Recht, sondern die nationale Moral zieht, d. h. wie weit aus Gründen nationaler Moral oder moralischer Neutralität jene Grenzlinie auch in unsere rechtlich freie und autonome Gesinnungs- und Handlungssphäre vorzuschieben sei.

Es wäre nun nichts bedenklicher, als wenn man sich heute, wo die Diskussion über die Grenzen der Neutralitätspflicht des einzelnen schweizerischen Individuums abgeflaut ist, sich mit dem Glauben beruhigen wollte, alle Sorge sei nur „ein böser Traum“ gewesen. Der weitere Verlauf der öffentlichen publizistischen Auseinandersetzung selbst zeigt auch, daß man doch vielfach davon überzeugt ist, daß jenes spezielle Problem der Neutralität nur ein Teil eines allgemeineren ist, nämlich des Verhältnisses des Einzelnen zum Staat, und daß zugleich bei seiner Erörterung zum Ausdruck kommt, daß in diesem allgemeinen Verhältnis nicht alles ist, wie es sein sollte (und zwar nicht erst jetzt seit dem Ausbruch des Krieges). Unter dem Eindruck, daß wir uns jetzt immer stärker von jener speziellen Frage zu der allgemeineren hinwenden müssen, sind auch in dieser Schrift unsere Gedanken über die Neutralitätsfrage und die Haltung zum kriegführenden Ausland an den Schluß gestellt.

Bei den Auseinandersetzungen über dieses allgemeine, jetzt in den Vordergrund rückende Problem unseres vaterländischen Gemeinwesens tritt eine bestimmte Gruppe von Elementen unseres politischen Denkens zutage, die wir im Interesse unserer nationalen Einheit und gesunder nationalen Haltung glauben bekämpfen oder wenigstens abschwächen zu müssen. Diese Elemente eines ums andere im Verlauf unserer Darlegungen ans Licht zu stellen, historisch zu verstehen und für unsere heutigen öffentlichen Aufgaben zu werten, ist im wesentlichen der Zweck dieser Ausführungen. Es ist dabei zu sagen, daß diese Elemente nicht immer in ihrer Gesamtheit beisammen anzutreffen sind. Aber doch hebt sich eine bestimmte Gruppe publizistischer Schriftsteller heraus, die vorherrschend ihre Träger sind. Und diese Stimmen gehören heute bei uns mit zu den lautesten und vernehmbarsten.

Wer die schweizerische Publizistik des vergangenen Kriegsjahres überblickt, dem fällt einmal sofort auf, daß sie zum größten Teile nicht getragen ist von Persönlichkeiten, die sich mit historischen

und politischen Problemen praktisch oder theoretisch von Berufs-wegen beschäftigen, sondern daß sie umgekehrt den praktischen Politikern gegenüber eine zum Teil abweisende und skeptische Haltung einnimmt. Es handelt sich, um es gleich ungefähr abzugrenzen, hauptsächlich um Dichter und Literaten, Literaturkenner und -Freunde.

Wenn ich mit einer bestimmten Persönlichkeit beginne — ich meine Carl Spitteler — so tue ich es, weil er als besonders deutliches Beispiel derjenigen allgemeinen Tatsache dienen kann, die hier vorerst hervorzuheben ist, und weil er vielfach als derjenige hingestellt wurde, der die wahre Lösung gefunden habe (und also auch die vorliegenden Darlegungen überflüssig machen würde). Man kann nun allerdings vielleicht der Meinung sein, daß, da die Deutschen Spitteler so scharf zugesetzt haben, nicht auch wir Schweizer noch in die Kritik eintreten sollten. Jedoch, wenn gesagt worden ist (Fränkel), die Deutschen hätten auf Spittelers Rede taktvoll schweigen sollen, denn er habe zu Schweizern geredet und über eine innerschweizerische Angelegenheit, so liegt eben deshalb für den Schweizer auch die Pflicht vor, auf diese Angelegenheit einzugehen und zu untersuchen, ob Spitteler für unsere nationale Frage das geboten hat, was uns not tut.

Das scheint nun allerdings der Fall zu sein. Spittelers Rede wird gefeiert als eine „Befreiungstat“, als „ein Vaterlandsverdienst ersten Ranges“, als ein „Erlebnis“, als das „erlösende Wort, das uns den Druck von der Seele nahm und uns wie erlöst von einem dumpfen, bösen Zauber tief und selbstsicher aufatmen ließ“. Es wurde gesagt, der Tag, an dem Spitteler seine Rede gehalten, sei der größte der neuen Schweiz, um den die Enkel dereinst die heutige Generation, die ihn erlebte, beneiden werden. Spitteler habe die Scheidelinie zwischen der schweizerischen Nationalität und der deutschen Kultur endgültig gezeichnet. „Von dem Tage an, wo Spitteler sie mahnte, haben die Schweizer einander wiedergefunden“.

Diese Urteile kommen nun allerdings zum größten Teil aus eben dem Kreise von Schriftstellern, gegen die die hier vorgenommene Kritik sich selber auch richtet. Seltsam nur, daß man dort Spittelers Tat zujubelt im selben Augenblick, wo man zugesteht: „Er

schien der Wirklichkeit entrückt, ganz der Poesie zu leben". Ist denn nun ihm, dem „in seine Traumwelt eingesponnenen", urplötzlich die tiefste Offenbarung über historische und politische Dinge geworden? Spitteler hat neulich in einer Rede in Genf erklärt, daß er sich in seinem Leben 1 Stunde und 10 Minuten (natürlich im großen ganzen zu verstehen) mit Politik beschäftigt habe. Da muß doch dringend die Frage aufgeworfen werden, wohin es mit den Grundsätzen politisch-moralischer Verantwortlichkeit bei uns gekommen ist, wenn sich Männer zu nationalen Propheten aufwerfen — wissend, daß sie Kraft ihres (auf anderm Gebiet erwachsenen) Rufes bei den Urteilslosen weithin Gehör und Gefolgschaft finden —, die sich in ihrem Leben nicht um Dinge gekümmert haben, mit denen sie vor das Forum der Nation zu treten sich erkühnen. Ist Spitteler noch etwa stolz darauf, daß er sich in seinem Leben um Staat und Nation nur 1 Stunde und 10 Minuten gekümmert hat, da ers so laut verkündet? Wo wären wir in unserm Vaterland, wenn diese Auffassung allgemeingeltend würde, und liegt darin für unsere Jünglinge eine Aufmunterung zu staatsbürgerlicher Gesinnung?

Spitteler ist aber hierin nur ein besonders hervorstechendes Beispiel für die allgemeinere Erscheinung, daß in dieser Zeit sich so viel unreife, unsachverständige Stimmen des Denkens und Empfindens unseres Volkes bemächtigen. Was Spitteler betrifft, so ist mir unverständlich, daß er sich nicht von vorneherein geweigert hat, über politische Dinge auch nur ein Wort zu sagen, wo doch sein Grundurteil lautet: Es „läßt sich die ganze Weisheit der Weltgeschichte in einen einzigen Satz zusammenfassen: Jeder Staat raubt, so viel er kann. Punktum. Mit Verdauungspausen und Ohnmachtsanfällen, welche man ‚Frieden' nennt .... Je genialer ein Staatsmann, desto ruchloser." Ja Punktum! meine ich auch, aber dann kein Wort weiter über deutsche, serbische Politik usw.! Hier wäre Enthaltung von jedem weiteren Urteil die richtige Konsequenz gewesen.

Daß Spitteler diese geschichtlich-politische Welt in Wahrheit grundfremd ist, daß sie ihm, selbst seinem bloßen Intellekt, eine lebendige Wirklichkeit nicht ist, erklärt auch die Ohnmacht seiner

Sprache, seines Stiles diesem Gegenstand gegenüber. Man braucht kein Historiker zu sein und sich an klassischen Beispielen politisch-nationaler Literatur ein Gefühl für den diesen Dingen entsprechenden Stil erworben zu haben, um aus Spittelers Rede herauszuspüren: hier fehlt die Sprache, fehlen die Worte und Begriffe für die besonderen Verhältnisse des öffentlichen, staatlichen und nationalen Lebens. Wie unglücklich die Bilder, die dafür einspringen müssen (grunzendes Wildschwein, Einbrecher und Haushund, Dokumentenfischzug, sauerwerdende Milch, minniglicher Ehebund, Verdauungspausen und Ohnmachtsanfälle usw.)! Spitteler bezeichnet einmal eine Handlung der deutschen Regierung in Belgien als „seelischen Stilfehler". Ich meine: Spittelers Rede ist e i n großer (wirklicher) Stilfehler. Was wir vom Künstler zuerst verlangen, ist ein adäquates Verhältnis zwischen Gegenstand und Form. Davon ist hier das Gegenteil zu finden. Man muß fragen: Ist je von einem großen Mann ein großer Gegenstand in großer Zeit so unsachgemäß behandelt worden? Das Urteil trifft aber, wie schon angedeutet, in dem oder jenem Grade nicht Spitteler allein.[1]) Ich kann mit der Kritik auch nicht ganz Halt machen vor jener Vereinigung, die sich (schon vor dem Kriege) gebildet hat, um in unser öffentliches und nationales Leben einen neuen Geist zu bringen und die auch der Lösung des heutigen

[1]) Ich habe mich gefragt, ob es heute noch Sinn hat, diese an Spitteler geübte Kritik zum Ausdruck zu bringen. Aber in dem Augenblick, wo ich die Korrektur dieser Schrift lese, hat man den schweren politischen Fehler begangen — ich weiß nicht, wer — von Spittelers Rede einen Neudruck zu veranstalten und ihn gratis, offenbar in Masse, und zusammen mit Propagandamaterial der Entente, in unserem Lande zu verbreiten. Da sind allerdings meine Worte oben im Text doppelt nötig geworden.

Es scheint nachträglich, daß die neue Gratisausgabe des Spitteler'schen Vortrages nicht von schweizerischer Seite, sondern vom Ausland, d. h. von der Entente-Seite aus veranstaltet wird. Das entnehme ich wenigstens einem Artikel des Obmanns der Gruppe Basel der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Der betreffende Artikel ist mit diesem Umstande durchaus nicht einverstanden. Er verurteilt die Propagandatätigkeit des Auslandes auf schweizerischem Boden überhaupt. Ich komme auf diese Dinge unten noch zu sprechen. Die Gruppe Basel der Neuen Helvetischen Gesellschaft benützt aber den Protest gegen die Herausgabe der genannten Broschüre durch „die Entente", um sie gleichzeitig mit den höchsten Worten zu empfehlen: sie sollte als „politisches Vademecum während des ganzen Krieges in den Taschen eines jeden Schweizerbürgers sein". „Der Spittelervortrag ist uns teurer als irgend eine Manifestation des ersten Kriegsjahres auf dem literarischen Gebiete." Wohin ist es denn gekommen, daß in einem derart unglaublichen Maße bei uns politische Verständnislosigkeit gefeiert wird! Natürlich hat das Ausland den Vertrieb der Spitteler'schen Broschüre nicht wegen dieser politischen Verständnislosigkeit in die Hand genommen, sondern wegen ihres „Standpunktes". Diesen Standpunkt haben wir weiter unten ins Auge zu fassen.

Problems ihre Arbeit angedeihen läßt, der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Zwar soll gewiß nicht bestritten werden, daß in unserer öffentlichen Existenz nicht Raum wäre für neue Elemente, Ideale und Kräfte — ich bin der letzte, der das leugnete —, aber so wie sich die erste Zeit der Wirksamkeit der Neuen Helvetischen Gesellschaft darstellt, ist die Befürchtung nicht ungerechtfertigt, daß mit dem neuen Geist zugleich auch ein neues Stück Dilettantismus in unsere Politik einziehe, eine Gefahr, gegen die die Demokratie an sich schon nicht in besonderem Maße gefeit ist. Es sind von ihr oder ihren Sektionen — um nur von der Zeit vor dem Krieg zu reden — komplizierte Probleme unseres Staates in Angriff genommen worden, für die den Mitarbeitern durchaus nicht in jedem Fall die nötige Sachkenntnis zur Verfügung stand. Es ist nun einmal davor zu warnen, an die Lösung solcher Fragen mit ad hoc zusammengerafftem Wissen heranzugehen. Mir scheint, es sei der Gesellschaft bisher viel zu wenig breite und volle juristische und wirtschaftspolitische Bildung zur Verfügung gestanden.

Doch lassen wir die Neue Helvetische Gesellschaft. Aus dem Kreise von Schriftstellern heraus, die in dieser Schrift vor allem ins Auge gefaßt sind, ist nun allerdings gerade unsern Realpolitikern (d. h. doch wohl den herrschenden zünftigen Juristen und Wirtschaftspolitikern) zum Teil der Vorwurf gemacht worden, daß sie, mit Ausnahme des Bundesrates, enttäuscht hätten und von der Hälfte derselben überhaupt nichts mehr zu hoffen sei (Bovet). Ich habe mir hier nicht das Ziel gesetzt, die Berechtigung dieser Kritik zu untersuchen, wenn aber aus dem Kreise jener Realpolitiker, in diesem Fall aus der Bundesversammlung heraus, kürzlich bei Anlaß der Zensurdebatte gegen die schreibseligen Schriftsteller und Professoren ein Ausfall gemacht wurde, so kann ich das wiederum vollauf verstehen.

Wie geartet sind nun die Wege, auf denen uns die hier ins Auge gefaßten Publizisten zur nationalen Einheit und Geschlossenheit führen wollen? Vielmehr, was liegt ihnen für eine ideelle geistige Richtung zugrunde?

Nach den hohen Worten, mit denen, wie oben gezeigt, Spittelers national-pädagogisches Auftreten begrüßt und bewertet worden ist,

wollen wir wiederum zuerst fragen, was für positive Kräfte inneren Zusammenschlusses hat Spitteler aufgezeigt?

Er hat einiges gesagt über die Notwendigkeit intimerer wechselseitiger Kenntnis unserer Landesteile. Was kommt dabei für ihn als Gegenstand und Mittel vor allem in Betracht? Literatur und Presse. Und an der Presse, resp. an den Zeitungsartikeln der welschen Schweiz, die wir in Uebersetzung öfter in unsere deutschschweizerischen Blätter aufnehmen sollten, was hebt er an ihnen hervor? Den schönen Stil! Die bewundernswerten literarischen Eigenschaften! Also mit Stil und Kunstform schweißen wir unser Volk zusammen! Ich frage, wer ist denn hier unter Volk verstanden? Bloß die, die Zeit und Muße haben, literarische Feinheiten zu genießen? Oder wirken ästhetische Elemente dann letztlich doch auch bis zum Bauer und zum Arbeiter patriotismusfördernd hinab? Auch Konrad Falke befürwortet den wechselseitigen Austausch von deutschen, französischen und italienischen Presseartikeln: dem letzten Mann im Volke müsse immer wieder vor Augen geführt werden, daß wir ein dreisprachiges Volk sind. Ob ers lesen kann, ist offenbar gleichgültig. Der Anblick eines dreisprachigen Textes soll symbolisch wirken. Das Symbol hat ja für Dichter und Dichterkenner wohl besondere Kraft. Bovet sagt einmal vom Zürcher, er habe, so gescheit er sein möge, doch noch etwas zu lernen: die Ehrfurcht vor einem Symbol. Er meint dabei in diesem Falle die eidgenössische Fahne. Vom Symbol der eidgenössischen Fahne, das die Elemente der (nationalen) Schwäche überwinde, hat auch Spitteler gesprochen, ist aber eben nicht über das Symbol hinaus zur Sache selbst durchgedrungen.

Was Konrad Falke über die Aufgabe der Presse in nationalem Sinn noch weiter sagt, scheint mir national-pädagogisch auch nicht eben durchschlagend. Er fordert, um die kleinere Presse mit Artikeln zu versorgen, die Schaffung einer nationalen Zentralstelle, der dann die schweizerischen Autoren und Verleger die literarischen Erzeugnisse — es handelt sich natürlich vor allem um den belletristischen Teil der Zeitungen — zur Prüfung vorzulegen hätten. „Läuft dann auch viel Mittelgut unter, so ist es doch wenigstens *unser* Geist.“ Dahinter steckt doch meinem Gefühl nach fast mehr das Verlangen

nach Schutz der nationalen Schriftstellerei als ein fruchtbares Prinzip — mag es literarisch noch so gute Folgen haben — für die Lösung der nationalen Frage. Nebenbei: Haben wir nicht in der langen Friedenszeit vor dem Krieg an Aesthetentum gerade genug gehabt? Haben nicht die Frauen unserer gebildeten Stände (und nicht nur diese) übergenug Belletristik genossen? Ist es nicht zu begrüßen, wenn der Krieg — hoffentlich auch in den vom Krieg verschonten Ländern — die Unmasse brachliegender Kräfte dauernd praktischer Arbeit zuführt? In praktischer Arbeit wesentlich, nicht in umfassenderer Literaturkenntnis wird, wie unten erhellen wird, auch der Weg zur Lösung der nationalen Fragen bestehen.

Die neue nationale Einheit auf eine neu anzubahnende Kulturgemeinschaft zu gründen, das ist nun aber die Losung, die ein ganzer Chor von Stimmen erhebt. Und wenn dabei Kultur etwa gelegentlich als Literatur, Kunst und Religion definiert wird, so meint man doch in erster Linie die Literatur. Literaturschaffende und literaturtreibende Persönlichkeiten sind es ja auch fast zur Hauptsache, die unsere national-politische Publizistik während dieses Krieges beherrschen.

Es wird da vor allem die Forderung erhoben, daß im Lehrplan der schweizerischen Schulen neben dem Unterricht in der Muttersprache derjenige in den beiden andern Sprachen unseres Landes verstärkt werden solle. Es wird z. B. gesagt, dieser Fremdsprachenunterricht müsse so früh einsetzen, daß schon beim Eintritt in die Sekundarschule ein ordentliches Fundament vorhanden sei (H. Bachmann). Ich würde es von höherm pädagogischem Gesichtspunkte aus für bedauerlich halten, wenn solche Auffassungen durchdrängen. Konrad Falke ist es dann vor allem gewesen, der hier ein Programm entwickelt hat: Als Mittelpunkt unseres Erziehungsplanes Einführung in die drei Kulturen unseres Landes, Einleben in die Empfindungsweise des andern Volksteiles bis zur Gewohnheit. Jeder gebildete Schweizer schließlich sozusagen im gleichmäßigen Besitz aller drei Landeskulturen. Das Mittel dazu ein Sprachunterricht, der zum psychologisch-orientierten Kulturunterricht werde. Kultur in der Hauptsache die schöne Literatur.

Das Einzelne des Durchführungsmodus bei Konrad Falke ist großenteils unpraktisch oder überhaupt undurchführbar. Für un-

durchführbar halte ich seinen Vorschlag, die Fächer in Stunden für Fertigkeit und Spezialkenntnisse und in Stunden für das Allgemeinwissenswerte zu spalten. Für undurchführbar den systematischen Schüleraustausch in dem Sinne, daß jeder Mittelschüler (der obern vier Klassen) des einen Landesteiles während je eines halben Jahres die Schule in jedem der beiden andern Landesteile besuche. Abgesehen von dem umständlichen Herumwandern dieser Schülermassen mit all den komplizierten Folgen, wer stellt z. B. dem Kanton Tessin das Dutzend neuer Kantonsschulgebäude hin mit dem zugehörigen Lehrerpersonal? Was alles nötig wäre, wenn jeder Mittelschüler der ganzen übrigen Schweiz ein halbes Jahr im Tessin die Schule besuchen müßte. Und wer zahlt den Aermeren dieser Schüler Kost und Logis? Wird der Bund bereit sein — eben heute! — sein reiches Subventionenbüschel um eine Schülerlogissubvention zu vermehren? Für unpraktisch halte ich auch (aus naheliegenden Gründen) die Forderung, daß an jeder schweizerischen Mittelschule in den vier oberen Klassen allen drei Sprachen dieselbe Stundenzahl zugeteilt werde (drei pro Woche). An das dreisprachige Lesebuch für diese Stufe — wohlverstanden ein und dasselbe Lesebuch für alle drei Landesteile — glaube ich, so wie Falke es sich vorstellt, auch nicht. Die Einwände liegen zu nahe, als daß sie besonders erwähnt werden müßten. Nur eins noch. Jedem einzelnen ins Lesebuch aufgenommenen Stück solle beigefügt werden, von wem und warum es ausgewählt wurde (!); d. h. also, das Urteil des Auswählenden über das Stück soll ihm an die Stirne geklebt werden: eine Art eidgenössischer geistiger Abstempelung. Denn das Lesebuch ist ja eidgenössisch, ein eidgenössisches Mittelschulgesetz regelt die neue Materie.

Konrad Falke glaube ja nicht, daß nur, wie er fürchtet, Föderalismus und Altphilologie — deren Zöglinge allerdings, wenn sie Griechisch und Lateinisch lernen, in fünf, wenn sie noch Hebräisch nehmen, in sechs Sprachen die Maturität ablegen müßten — seine Thesen bekämpfen werden.

Aber wir haben die allgemeinen Gedanken, die diesen Postulaten zu Grunde liegen, zu prüfen.

Man will hier systematisch die Kulturgemeinschaft so steigern, daß sie den eigentlichen Boden der Einheit abgeben kann. Gewiß

ist dabei die Meinung nur schwach vertreten, daß aus den immer enger werdenden Beziehungen zwischen den einzelnen Landesteilen allmählich eine neue Kultur entstehe, die keine italienische, deutsche, französische mehr sei, sondern eine schweizerische (H. Bachmann). Gegen diese Ansicht ist ja weiter kein Wort zu erinnern. Was andere, z. B. Konrad Falke, wollen, ist nur eine Kulturgemeinschaft in dem Sinne, daß jeder (gebildete) Schweizer gleicherweise das Gefäß dreier Kulturen werde. Das ist im einzelnen Fall natürlich möglich und kommt auch heute schon vor, ist aber als allgemeiner Zustand nicht denkbar. Der Schweizer ist kein Uebermensch. Wenn das Normale ist, daß ein Mensch s e i n e bestimmte nationale Art und Kultur ausreift, so können wir hier nicht Wesen von dreifacher Kraft schaffen. Aber natürlich, man denkt dabei nur an die sog. Gebildeten, an die Intellektuellen und zwar wiederum an jene, die genügend Zeit haben, Literatur zu treiben. Gewiß wollen wir nicht der Absperrung das Wort reden. Wir sollen einander kennen und verstehen lernen, und Gefäße weltkultureller Inhalts sind auch wertvolle und notwendige Glieder der menschlichen Gesellschaft. Aber ich halte dafür, der Großteil der Menschen als Kulturwesen leiste sein Bestes, wenn er auf dem Boden seiner Muttersprache und all dessen, was sie ihm vermittelt, wurzelt und daß, wenn man in umfassendem Maßstab künstlich Dreikulturen-Menschen machen wollte, mit der Zeit die Kraft und Ursprünglichkeit verloren ginge. Wobei dann oft auch die nationale Kultur in einen falschen Gegensatz zu Menschheitskultur gebracht wird, gerade so wie in anderer Richtung, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, die Vaterlandsliebe in einem falschen Gegensatz zur allgemeinen Menschenliebe gebracht wird.

Also vor allem kein eidgenössisches Mittelschulgesetz mit einem Sprachenparagraphen! Der Bund erlasse allgemeine verfassungsmäßige Normen über den von den Kantonen organisierten Unterricht, soweit er unsere gesamte Jugend betrifft, aber nicht für denjenigen verhältnismäßig kleinen Teil, der f r e i w i l l i g höherer Bildung zustrebt. Es ist unsinnig, gerade diesem Teil eine eidgenössische Norm aufzuzwingen — obligatorischen, gleichmäßig und stark akzentuierten Unterricht in a l l e n drei Landessprachen —, diesem Teil, der es freiwillig auf sich nimmt, die höhern geistigen

Berufe zu bevölkern, während dann natürlich auf alle andern, nur die Volksschule besuchenden Schichten dieser Sprachenparagraph nicht angewendet werden kann. Und dann existieren auf der Welt (tot oder lebendig) noch andere nützliche Sprachen, z. B. lateinisch und griechisch, englisch usw., und es gibt immer noch Berufe, die eine gründliche und vorherrschende Schulung in diesen Sprachen erheischen. Uebrigens stammen jene Forderungen zum Teil aus so wirklichkeitsfremdem Milieu, daß keine Angst zu sein braucht, sie möchten durchdringen. Vor allem diejenigen, die im Mittelschulbetrieb drin stehen, werden in der großen Mehrzahl darauf nicht eingehen.

Jene Forderungen sind — unter dem Zweck betrachtet, den sie erfüllen sollen — besonders auch deshalb nicht annehmbar, weil dabei nicht unmittelbar das ganze Volk erfaßt wird. Die große Masse des arbeitenden Volkes hat keine Zeit zu solch intensiver kultureller Einfühlung. Denn sie hat einfach anderes zu tun. Die Grundlage aber, die unsere Einheit tragen soll, muß unmittelbar jedem Volksgenossen zugänglich sein. Jene Bewegung ist viel zu viel bloß eine Sache von Intellektuellen und im Grunde genommen stark volksfremd. Sie wird auch das Volk nie in der Tiefe ergreifen, auch nicht von den intellektuellen Kreisen so intensiv auf das Volk ausstrahlen, wie es sein müßte, wenn hier der Weg zur Lösung unserer nationalen Frage gefunden wäre.

Die Wörter Kultur, Kulturwille, Kulturpolitik sind jetzt die Losung. Die schöne Literatur ist da hauptsächlich und in erster Linie unter Kultur verstanden. Die Stimmen sind zahlreich, die das Problem unserer inneren Politik als ein Kulturproblem erklären. Die Hauptforderung des heutigen Tages sei nicht bloß politische, sondern vor allem kulturelle Sammlung. Es gebe — ich zitiere — in der Schweiz nur eine praktische Aufgabe großen Stils, die kulturelle Annäherung. Dem Kulturunterricht gehöre der Primat vor dem staatsbürgerlichen. Die Kunst sei noch das letzte, was ein Volk zusammenhalte. Konrad Falke spricht von der nationalen Bedeutung aller aufklärenden Kunstkritik.

In dieser in nationalen Dingen mehr kultur-pädagogisch als eigentlich staatlich und politisch gefärbten Denkweise haben wir nun

ein erstes Element derjenigen geistigen Strömung vor uns, die wir in diesen Ausführungen herausstellen wollen. Und es sei gleich hier auch auf den großen historischen Wurzelboden hingewiesen, von dem sie zum guten Teil herstammt. Wir meinen die das 18. Jahrhundert erfüllende Gedanken- und Gesinnungswelt der Aufklärung. Komponenten dieser geistigen Welt strahlen bei uns stark wie kaum anderswo bis in unsere Zeit hinein. Sie durchsetzen, aufgelöst, abgewandelt, in neuen Zusammensetzungen mit anderen Elementen, unser Denken bis zu diesem Tage. Wir werden ihnen noch mehrfach im Verlauf unserer Darlegungen begegnen.[1])

In jenem Kulturwillen, jenem pädagogischen Abzielen auf künstliche Organisierung der einen schweizerischen Kulturgemeinschaft steckt auch — und damit konstatieren wir gleich ein anderes Merkmal des Aufklärungsgeistes — ein gutes Stück unhistorischen Rationalismus. Wir werden ihm auch sonst noch mehrfach begegnen.

Es sei ja nun zugegeben, daß der Idealtypus eines Staates dann vorhanden ist, wenn mit dem Staatsraum der Siedlungsraum einer Volks- und Kultureinheit sich deckt, aber in dieser vorteilhaften Lage sind wir Schweizer nun einmal nicht, und es ist auch nicht einzusehen, daß sie sich national-pädagogisch, durch bewußte Arbeit herstellen läßt. Ob es im Laufe von Jahrhunderten dazu kommt, fällt für jetzt außer Betracht. Wir haben eine Gegenwartsfrage zu lösen und wollen die Frucht in absehbarer Zeit, jedenfalls nicht erst nach Jahrhunderten sehen.

Es bleibt nur ein anderer Weg übrig, oder vielmehr, es ist nur einem andern Weg zu vertrauen, ein Weg, von dem wir wissen, daß ihn die Geschichte schon mit Erfolg beschritten hat: der Staat muß die nationale Einheit schaffen, denn er ist der einzige, wirklich allen gemeinsame Boden. Wir müssen eine um so stärkere Staatsnation sein, da wir keine einheitliche Kulturnation

[1]) Diese starke ideengeschichtliche Bindung unserer Zeit an die Periode der Aufklärung ist nun allerdings im Einzelnen noch kaum aufgedeckt, wie eben ideengeschichtliche Forschung ein höchst vernachlässigtes Gebiet unserer heimischen Geschichtsforschung ist. Ich habe kürzlich in einer kleinen geschichtlichen Monographie zum Jubiläum der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft am Beispiel dieser Vereinigung im Einzelnen den geistigen Zusammenhang mit der Aufklärung aufgezeigt, ein Zusammenhang, der in dieser Gesellschaft noch bis vor kurzem deutlich bestand.

sein können. Was dann aus der staatlichen Einheit, aus dem geschichtlichen Erleben unseres Staates an kulturellen Einheitsmomenten zum Beispiel in unsere Kunst erfließt, dem werden wir den Weg nicht versperren. Aber das Erste ist: den Staat in uns und über uns stärken!

Der ganze Lösungsversuch, der in der Abzielung auf eine enge Sprach- und Kulturgemeinschaft besteht, ist auch deshalb schon aussichtslos, weil er sicher höchst einseitig ausfallen würde, indem die Welsch-Schweizer unserer deutschen Kultur nie und nimmer die gleiche Empfänglichkeit entgegenbringen werden, wie wir der ihrigen (übrigens von jeher entgegengebracht haben).

Es bleibt die Forderung: Wir haben die politisch-staatliche Seite unseres nationalen Daseins zu betonen, weil wir die sprachliche und kulturelle nicht betonen können. Der schweizerische S t a a t muß so stark sein, daß er die verschiedenartige kulturelle Denk- und Empfindungswelt zu tragen vermag. Die schweizerische Nationalität muß in höherem Grad als andere im staatlichen und nicht im kulturellen gesucht werden.

Nationalitätsprinzip.

Das Problem, wie aus einer ethnisch uneinheitlichen Staatsbevölkerung ein wirklich einheitliches Staatsvolk werden könne, wie in einem solchen Land über der ethnischen Vielheit die staatliche Einheit am zweckmäßigsten entwickelt werden müsse, ist eine Frage, die das vergangene Jahrhundert in einem außerordentlich starken Grade beschäftigt hat. Unser Land hat in diesem Kriegsjahr einen reichlichen Beitrag dazu beigesteuert, der allerdings in mancher Beziehung an historischer Unbefangenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Man hofft vielfach, eine Angleichung der ethnischen Art unserer Landesteile züchten zu können, die man, wie erwähnt, für utopistisch erklären muß. Im Anschluß daran muß nun noch von einer andern Gesinnungsrichtung kurz gesprochen werden, die, was die Auffassung des Verhältnisses von (ethnischer) Nationalität und Staat anbetrifft, in entgegengesetzter Richtung sich bewegt. Von der starken Betonung des Ethnischen für die Einheit der Staatsvölker geht nämlich neben der erwähnten Auffassung in entgegengesetzter Richtung eine Anschauung aus, die ins Nationalitätsprinzip ausmündet. Jene Auffassung glaubt an die Möglichkeit schneller und intensiver völkischer Angleichung und sieht darin die Voraussetzung und das Hauptmittel der Bildung einer starken Nation für die Länder, die ethnisch uneinheitlich sind. Diese glaubt nicht an jene Möglichkeit und fordert deshalb für jede ethnische Nation das Recht, eine selbständige Staatsnation zu sein. Jene Ansicht halten wir im schweizerischen Interesse für schädlich deshalb, weil sie den Blick von dem richtigen Weg ablenkt. Diese müssen wir natürlich ganz direkt ablehnen. Sie ist, als Nationalitätsprinzip, eine Macht, die das vergangene Jahrhundert mit ganz besonderer Kraft erfüllt hat. Dutzende von Nationalitäten, auch die kleinsten, haben da mit Macht der Sonderstaatlichkeit zugestrebt. Mehrfach

erwiesen sich auch die ethnographischen Volksindividuen stärker als die überkommenen staatlichen. Der Gedanke, daß die natürlichen Volkseinheiten auch einheitliche autonome Staatspersönlichkeiten sein sollen, traf feindlich auf das Existenzprinzip derjenigen Staaten, die national nicht einheitlicher Struktur waren. Die Fragmente ein und derselben (ethnographischen) Nationalität, die in verschiedenen Staaten eingebaut waren, begannen zusammenzustreben zu eigenen, selbständigen Nationalstaaten. Es ist kein Zufall, daß das Nationalitätsprinzip in Idee und Wirklichkeit vor allem durchzudringen suchte im Zeitalter des Zusammenbruches des vorkonstitutionellen Staates. Da war die Gegenkraft, nämlich starke Staatsgesinnung, in weitgehendem Maße liberalistisch erweicht. Daß wir heute in eine Zeit hineingehen und von Stunde zu Stunde schneller, wo das staatsnationale Prinzip wieder in siegreichem Vordringen gegen das nationalstaatliche sich befindet, ist keine Frage. Jeder Staat, dessen Bevölkerung ethnisch nicht einheitlich ist, muß diese Entwicklung begrüßen. Also auch die Schweiz. Nun ist ja gewiß kaum irgendwo ein Schweizer, der für unsern Fall das Nationalitätsprinzip bewußt auf seine Fahne schriebe, aber ganz unverkennbar ist da und dort bei uns eine Sympathie mit dem politischen Nationalitätsprinzip vorhanden — soweit es uns nicht direkt angeht —, Sympathie etwa mit den Bewohnern von Elsaß-Lothringen[1]), den Polen im östlichen Preußen, den Serben im südlichen Oesterreich-Ungarn usw. Ich sage, soweit es uns nicht direkt angeht. Aber solche Denkweise nagt dann doch auch unbewußt an unserer eigenen Sache, und deshalb muß warnend auf sie aufmerksam gemacht werden. Sie ist den Ideen und Kräften — staatsnationalen, nicht nationalstaatlichen —, die der Baugrund unserer Einheit sind, schnurstracks entgegengesetzt. Wenn wir unsere praktischen politischen Prinzipien dem Nutzen unseres Landes gemäß bilden wollen, dürfen wir uns nicht so viel mit Bestrebungen gewisser Völker, z. B. der Serben, solidarisch erklären oder doch solidarisch fühlen. Ob „edel“ oder „unedel“, solche Völker kämpfen für ein Prinzip, das Staaten unterminiert, die ähnlich gebaut sind wie der unsrige. Wir müssen in unserm Empfinden, soweit wir das schweizerisch-egoistische Interesse

[1]) Aus falscher historischer Auffassung.

in den Vordergrund stellen wollen, dem Nationalitätsprinzip die politische Gefolgschaft versagen, selbst wenn es unter der uns so erinnerungsreich berührenden Flagge des Befreiungskampfes segelt. Wir müssen es um so mehr tun, weil wir, wie weiter unten dargelegt wird, (grade um unserer geistigen Kraft willen) den geistigen Zusammenhang mit den Stammböden unserer Kulturen und Sprachen nicht aufgeben dürfen. Allerdings, es verlangt eine gewisse Disziplin, um diesen geistig-kulturellen Zusammenhang aufrecht zu erhalten, ohne dem politischen Nationalitätsprinzip mit halbem oder ganzem Herzen zu verfallen, und es liegt offen zu Tage, daß diese Disziplin nicht in allen drei Teilen unseres Landes sich gleich bewährt hat.

Individualistisch-liberalistisches und doktrinäres Denken. Positive Staatsgesinnung.

In einem nicht unrichtigen Gefühl, daß wir auf dem Boden verstärkter Vitalität unserer Staatsgesinnung über alle Einheitssorgen hinwegkommen können, ist nun schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß das schweizerische Staatsleben sich wieder auswachsen müsse zu aktiver Außenpolitik (im eigentlichen Sinne), um sich so wieder dem Typus des wahren Vollstaates zu nähern. Wir werden in einem spätern Abschnitt solche Gedanken abzulehnen haben und müssen deshalb hier um so stärker die Notwendigkeit staatsnationaler Haltung in der Richtung auf das Innenleben unseres Gemeinwesens betonen. Die Einheit soll nicht wie bei der kulturnationalen Auffassung hauptsächlich mit denjenigen Fäden gewoben werden, die zwischen den drei Landesteilen hin und her laufen, sondern mit denjenigen, die von dem Einzelnen aus zum Staate hinlaufen. Diese Fäden müssen so stark werden, daß sie die kulturelle Verschiedenartigkeit der Einzelnen tragen können. Wiederum sind es nun andere Elemente jener Aufklärungskultur — sie sind wenigstens zum Teil dieser Herkunft —, die eben diese Fäden zu schwächen imstande sind. Von der einen Seite her wird die staatsnationale Einstellung gehemmt durch kosmopolitisches Denken, von der andern Seite her durch individualistisch-liberalistisches. Beide sind oft nur die Seiten ein und derselben geistigen Richtung. Von jenem, dem Kosmopolitismus, haben wir unten zu reden. Den individualistischen Liberalismus fassen wir hier ins Auge. Es kann nicht ernsthaft und scharf genug geschehen.

Wir glauben dieser zersetzenden Kraft auch hier wieder am besten gerecht zu werden und sie dann auch in ihre Schranken weisen zu können, wenn wir sie historisch verstehen. Das heißt, es soll hier nicht Doktrinarismus getrieben, im Gegenteil Doktrinarismus und

unhistorischer Nationalismus gerade bekämpft werden. Das heißt, wir reden hier nur davon, was gegenwärtig für unser Volk erforderlich und heilsam ist. Ob in irgend einem künftigen Zeitpunkt unserer Geschichte ein anderes in den Vordergrund geschoben werden muß, berührt uns hier nicht. Jede Zeit hat *ihre* Sorge zu verstehen.

Doktrinäres politisches Denken herrscht bei uns aber ganz außergewöhnlich stark. Insbesondere bei den Kreisen, die in der heutigen nationalen Publizistik das Wort führen. Wir werden noch sehen, wie stark man bei uns den *verschiedenen* Wert politischer Ideale und Postulate in ihrer Anwendbarkeit in verschiedenen *politisch-geographischen* Situationen, also im Wechsel der politisch-geographischen Verhältnisse, d. h. in den verschiedenen Staaten, verkennt. Hier handelt es sich um dasselbe in Hinsicht auf den *zeitlich-geschichtlichen* Wechsel der Verhältnisse in ein und demselben Staat.

In der Periode zwischen dem Staat alten Regimes und dem modernen Staat erfüllte sich die Welt mit liberalistisch-individualistischen Ideen in mannigfaltiger Ausgestaltung über die einzelnen Lebensgebiete hin. Werte der Einzelpersönlichkeit, deren man sich im Lauf der Zeit immer stärker bewußt geworden und die in dem Geflecht, mit dem der alte Staat die Individuen gefangen hielt, nicht zur Entfaltung kommen konnten, drängten sich mit Macht empor. Die Welt mußte einmal radikal und umfassend diese Werte und Ideen durchdenken, mußte bei ihrer praktischen Durchsetzung wohl auch da und dort den Staat alter Art revolutionär zerstören, um zu einem Staat zu kommen, der ihnen Luft und Freiheit ließ, sie in seinem neuen Aufbau unverlierbar berücksichtigte. Das Normale und Notwendige geschichtlichen menschlichen Zusammenlebens ist Gemeinschaft, starke Gemeinschaft, aber es muß Zwischenperioden geben, in denen die Gemeinschaft sich lockert oder gar zerfällt, weil im Lauf der Zeit immer neue Persönlichkeitswerte heranwachsen und ins geschichtliche Bewußtsein emporsteigen, Werte, die eben die jeweils überkommene Staatsgemeinschaft nicht achtet und nicht zum Leben kommen läßt, vor denen sie deshalb früher oder später, durch evolutionäre oder revolutionäre Vorgänge weichen muß, um dann

zu neuer Form umorganisiert in einer nächsten Periode, einer Periode neu anschwellender Gemeinschaftsmacht jene neuen Werte zu sichern.

In einer solchen Periode neu anschwellender Gemeinschaftsmacht drin stehen wir, vor allem spürbar seit bald einem halben Jahrhundert, seit den 70er Jahren. *Unsere Gesinnung aber und unsere innere Haltung namentlich in der Schweiz stehen noch in auffallendem Maße in der vorhergegangenen liberalen Umsturzperiode drin.* Unser Bewußtsein kommt nicht los vom 18. Jahrhundert und den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts, wo die liberal-individualistischen (und demokratischen) Ideen vorherrschten, wo ihre Zeit und ihre geschichtliche Mission war. Es soll gewiß nicht geleugnet werden, daß auch in Zukunft die liberale Ideenwelt sich weiter bilden muß, daß wieder einmal eine Zeit kommen mag, wo sie mit einseitiger Betonung sich in den Vordergrund drängen muß. Aber das ist unsere heutige Sorge jetzt nicht. Der junge neue Staat hat den wertvollsten Komplex individualistischer Werte, die namentlich das 18. Jahrhundert zur Betonung brachte, anerkannt und die Maschen seines Netzes so geordnet, daß sie freie Atemsphäre haben. *Unsere* Aufgabe ist also jetzt, die neue *Gemeinschaft* auszubauen. Die Verfassungen, die die revolutionäre um 1800 sich gruppierende Aera abschlossen, haben die Maschen des Staates auch oft so weit und locker geflochten, d. h. bestimmte individuelle Interessen freigelassen, daß, wie sich bald herausstellte, andere individuelle Interessen und Werte großer Massen, namentlich der wirtschaftlich Schwächeren, und vitale Interessen des Ganzen geschädigt wurden. Deshalb müssen wir, nachdem unsere Vorfahren einmal einseitig (und siegreich) für die freie Sphäre des Individuums gekämpft haben, jetzt unsere Kraft vornehmlich dem andern, der staatlichen Gemeinschaft, widmen. Wir leben geistig immer noch zu stark in der Zeit vor 48 und besitzen ein zu schwaches Bewußtsein von den Aufgaben der Zeit nach 48. Wir — ich meine namentlich die Intellektuellen und die geistig außerhalb des Staates Stehenden. Unser Denken ist zum Teil in liberalistischem Sinne

doktrinär versteinert und hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben. Das nenne ich unhistorisches Denken und unhistorische Haltung.

Bis zu einem gewissen Grade treffen diese Aussetzungen auch das demokratische Ideal. Gewiß, es gab einmal eine Zeit, wo es im Zentrum politischen Wollens und Denkens bei uns zu stehen hatte, aber ich sehe keinen Nutzen darin, auch heute, wo es wenigstens in der Hauptsache rechtlich verwirklicht worden ist, immer und immer wieder unserm Volke einzuhämmern: da liegt Kern und Stern deines staatlichen Ideals! Allmählich werden doch mancherorts die (nicht unbedingt im Prinzip liegenden) Auswüchse des demokratischen Ideals unsere größere Sorge als seine noch vorhandenen rechtlichen Einschränkungen. Aber, worum es sich hier jetzt handelt: Arbeiten sollen wir mit diesem Prinzip. Es ist doch letztlich nicht Selbstzweck, sondern ein Arbeitsprinzip des modernen Staatslebens. Unsere heutige Mission ist, mit ihm inhaltliche Ziele zu verwirklichen. Tatsächlich ist das ja namentlich seit den 70er Jahren schon in reichem Maße geschehen. Aber unsere Staatsauffassung ist in vielen Köpfen unstreitig hinter der Wirklichkeit des Staatslebens zurückgeblieben, die letztere ist zu wenig zum gesinnungsmäßigen Niederschlag gekommen. Um uns her im Ausland war das doch in stärkerem Maße der Fall, und der gegenwärtige Krieg wird die Welt erst recht in dieser Richtung um einen starken Ruck vorwärts bringen. Mögen diese oder jene Staaten aus ihm als Sieger hervorgehen, der Sieger ist daneben sicherlich in jedem Fall: der Staat. Das grandiose Schauspiel, das die Nationen jetzt in allumfassender Eingliederung der Individuen und Gruppen in Tun, Empfinden und Denken darbieten, wird gewiß nach dem Krieg sich in vielen Stücken wieder auflösen, aber ohne Zweifel einen mächtigen Niederschlag positiver Staatsgesinnung hinterlassen. Aus dem gewaltigen Erlebnis der Staatswirklichkeit wird über den Kampf hinaus bleiben ein starker Wille, dem Ganzen zu dienen auch mit den kleineren Opfern des Friedens.

Haben wir eine solche Entwicklung im Interesse unseres Landes zu begrüßen? Ich denke, eben gerade dahin muß auch unser Wunsch gehen, daß die Flamme reiner, aber intensiver Staatsgesinnung auch bei uns einen Teil der individualistischen Tendenzen aufzehre

und in unserm Denken über öffentliche Dinge die staatsfeindlichen Elemente zurückdränge. In dieser Richtung liegen die Wurzeln unserer Kraft. Aus dem staatlichen Leben muß unsere eine und unteilbare Staatsnation emporwachsen. Von hier aus läßt sich auch der Strom zusammenfließender Kraft direkt jedem Einzelnen, nicht nur den Intellektuellen und Gebildeten, zuleiten. Und hier handelt es sich nicht in erster Linie um Kenntnisse, um Studium und Genuß der Literatur, um bloßes Fühlen und Nachempfinden, sondern um Wollen und Handeln, um Tat und Aktivität, um Charakter und Haltung. Denn der Staat, der uns zur Einheit verbindet, ist unser aller Werk, erhebt sich aus unsern Händen und hebt uns selbst empor. Hier ist gemeinsames Schicksal, gemeinsames Erlebnis und deshalb wahrhafte Gemeinschaft.

Staat und wahre Persönlichkeit sind auch nur scheinbar widersprechende Gegensätze. Die Einordnung der Persönlichkeit ist nur scheinbar ein Verlust an Persönlichkeitsautonomie, nämlich dann, wenn Autonomie und Freiheit mit Egoismus gleichgesetzt werden. Wer aber das Wesen wahrer Persönlichkeit im Handeln und Dienen über die eigene Person hinaus sieht, für den ist dann jene Eingliederung vielmehr eine Erhöhung der Persönlichkeit und für den ist dann letztlich auch der Dienst an der Gemeinschaft ein Dienst am Höchsten und allgemein Menschlichen. Aus der Verwurzelung hinwiederum im Höchsten, im Religiösen, allerdings erwächst meinem Glauben nach dann doch erst die Kraft dafür, daß jene Umwandlung des Individuums zu wahrer Persönlichkeit radikal zustande kommt. Aber diese religiöse und allgemein menschheitliche Grundlage des Einzelmenschen und die darin beschlossene Freiheit bildet mit der Eingliederung in den Staat, auch in den intensiven Staat, eben kein Gegensatzpaar, wie es bei dem vulgären Kosmopolitismus der Fall ist.

Wir werden gleich von Beweggründen höchst egoistischer Art zu reden haben, die einem vollkommenen Zustand unserer Volksgemeinschaft Eintrag tun, wollen aber doch hier auch von großen Teilen unserer Nation reden, die aus edleren Motiven sich in starkem Maße abseits des Staates stellen, Motiven, die aus dem Zusammenhange allgemeiner Weltanschauungen erfließen. Ich meine gewisse

sozialistische und gewisse christliche Kreise. Und wahrlich in beiden Lagern sind es nicht eben die Lauen. In beiden leben Ideale, die von vielem, was im Staat vorgeht, sich schroff abheben. Ich will hier vom Verhältnis des orthodoxen Sozialismus zum Staat nicht reden, weil sein Problem, so weit es für mich ein praktisches Problem bedeutet, im christlichen beschlossen liegt. Aber was uns Christen angeht, so meine ich nun allerdings, daß wir viel entschlossener, aktiver und positiver uns zum Staate stellen sollten. Weil wir den Staat als die vollendetste civitas dei betrachten? Nein, gerade weil wir das nicht können und doch das Bild jener im Herzen tragen. Weil wir wirken sollen da, wo wir hingestellt sind und Aufgaben finden. Eine Aufgabe aber soll uns der Staat sein, in ihm den Brüdern vorwärtszuhelfen. Er ist ein Werkzeug in hohem Sinne. Dies Werkzeug folgt der Hand, die es führt, und wir sind mitverantwortlich, wie es geführt wird. Hier gilt das Wort vom Salz der Erde auch; denn der Staat gehört zur Erde. Und „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ heißt nicht allgemein: Zahl deine Steuern! Sondern: Leiste, was zu deiner staatlichen Pflicht gehört! Das war zu Zeiten der bloßen Zinsgroschen, zu andern Zeiten, z. B. heute, viel, viel mehr. Und dem Christen steht es am schönsten an, seine Pflicht in vollem Maße zu tun. Niemand verlangt von uns, das bestehende Leben von Volk und Staat als vortrefflich zu erklären, vielmehr handelt es sich darum, die Schäden ins Auge zu fassen und gegen sie zu kämpfen, das Gute zu fördern und zu entwickeln, dabei den Glauben ans Letzte und Absolute in voller Reinheit und Gewißheit in uns zu bewahren.

Der „Grütlianer“ schrieb neulich: „Man erziehe doch einmal Menschen zu Menschen, und nicht zu Staatsbürgern“. Mit vollem Herzen stimmen wir damit überein, daß man im Menschen einmal vor allem sein wahres, verschüttetes Wesen herausarbeite, aber warum stellt man diesen Menschen immer in Gegensatz zum Staatsbürger? Als Staatsbürger unter andern soll er seine Erziehung fruchtbar machen am Ganzen und an den Brüdern. Gewiß, alle Menschen sollen Brüder sein, aber unter ihnen gibt es Nächste.

Nun allerdings, wenn man von „Interesselosigkeit breiter Volksmassen an den öffentlichen Angelegenheiten“ redet, von der

„politischen Verwahrlosung der letzten 20 Jahre“, wenn gesagt wird — und mit Recht gesagt wird —, daß vielen der Staat ein Begriff ohne Inhalt sei, so liegt der Grund nicht darin, daß diese Vielen ihr Lebensideal zu hoch gespannt hätten, sondern vielmehr darin, daß sie keines haben, das diesen Namen verdiente.

E. Bovet meint irgendwo: Der Ernst, mit dem die meisten Bürger ihr Votum überlegen, sei großartig, und noch großartiger die Pflichttreue, mit der die Minderheit sich dem Beschlusse der Mehrheit füge . . . . Bei uns fühle sich jeder als Wächter des Gesetzes, das er selbst geschaffen.

Ein paar skeptische Glossen zu dieser Schönfärberei treffen meines Erachtens näher an die Wirklichkeit.

Einmal kann man solchen Worten Aeußerungen entgegenstellen, die von viel besserem Wirklichkeitssinn zeugen. Albert Barth hat zum Beispiel einige Zeit vor dem Krieg (in sehr lesenswerten Darlegungen im Hilty-Jahrbuch 1913) die Frage gestellt, ob nicht ein unsichtbarer Unterhöhlungsprozeß unsere schweizerische Staatsgesinnung gefährde. Man kann nicht leugnen, daß die Berechtigung dieser Frage jetzt in der Kriegszeit manchem deutlicher geworden ist.

Es kann kein Zweifel sein, daß in unserm Volke das Oekonomisch-utilitaristische einen besonders starken, ja dominierenden Einschlag bildet. Wir werden noch sehen, wie deutlich das auf unser politisches Denken abfärbt, hier betonen wir seinen zerstörenden Einfluß auf unsere politische Haltung und unsere Staatsgesinnung. Es ist z. B. eine gar nicht zu bestreitende Tatsache, daß die ökonomisch aussichtsreichen Berufszweige des Wirtschaftslebens ꝛc. in allzu starkem Maße unserer höheren Verwaltung begabte Kräfte entziehen.

Unsere Verwaltung und Beamtenschaft marschiert an technischer Sach- und Geschäftsbeherrschung ganz gewiß nicht an der Spitze. Wenigstens im großen Ganzen nicht, wenn auch von Ort zu Ort Unterschiede obwalten. Aber es gibt Orte, wo die Zustände unverantwortlich morsch sind. Das hängt eben zum Teil damit zusammen, daß unsere tüchtigeren Köpfe in so starkem Maße den Ruf

ins Staatsamt ablehnen und dem Ort größten Preisangebotes sich zuwenden. Der Staatsdienst wird bei uns in zu geringem Grade als ein qualifizierter Dienst angesehen.

Dann ist jene Behauptung Bovets auch im Einzelnen lange nicht richtig. Unsere Demokratie, meine ich, besteht darin, daß jeder den gleichen Teil beiträgt zur Bildung des Staatswillens — schon hier gibt es zahlreiche illegitime Durchbrüche durch das Prinzip —, aber unsere Demokratie soll auch darin bestehen, daß alle dem einmal gebildeten Staatswillen gegenüber gleich gehorsam sind. Gehorsam? Der „freie Schweizer" gehorsam? Eine Autorität — auch wenn man sie selbst mit aufgerichtet — anerkennen? Disziplin im bürgerlichen Leben üben? Veraltete Auffassung!

Wir halten es für richtig, daß bei der Festlegung des Staatswillens alle Interessen sich geltend machen, daß ein gerechter Kompromiß zwischen ihnen stattfindet. Aber wie ists dann bei der Durchführung? Da kommen vielfach noch einmal die Interessen; die faktische Durchführung soll noch einmal in Form eines Kompromisses vor sich gehen. Das Kompromisseln, nur jetzt das illegitime, fängt da noch einmal an. Der Offizier, der Beamte, der den Mut hat, eine Anordnung strikte durchzuführen, wird oft als ein unausstehlicher Preuße oder Bureaukrat angesehen. Der Bürger, der ihr peinlich gewissenhaft nachkommt, ist ein Philister, jedenfalls kein „freier Schweizer". Das ist vielfach der Ton in unserm Staat, und es hängt nicht nur an den Bürgern, es hängt auch an den Beamten. Wir haben zu viel schwache Beamtencharaktere. Wer das liest, wird zwar gleich: Bürokratismus, Militarismus! schreien. Die Sache ist nur die: Autoritäten sind nämlich trotz allem Freiheitsgetue doch immer welche da, nur daß es in einer starken Verwaltung die legitimen sind, bei einer rückgratlosen die illegitimen. Die rechtliche Macht schwächen, heißt nur die widerrechtliche stärken. Durch die Lücken der Beamtenfestigkeit wird nur dem gesetzlichen Volkswillen ins Gesicht geschlagen. Unsere Gesetze beweisen (in den Händen unserer Beamten) nur allzu oft eine bedenkliche Biegsamkeit vor einflußreichen Einzelnen und Gruppen. Das ist gewiß nicht allerorts gleich, aber mancherorts arg. Seien wir einmal hier ehrliche Demokraten! Aber freilich, das ist

tausendmal schwerer, als zu irgend einem demokratischen Verfassungsartikel Ja zu sagen.

Statt vieler Beispiele schweizerischer Ehrfurcht vor dem Staatsgedanken nur eines. Ich habe da ein Zirkular der großen schweizerischen Viehzüchterverbände vom 25. Juni 1915 vor mir. Darin liest man, daß mit dem Zeitpunkt des „knapper werdenden Angebotes an Schlachtvieh der Bundesrat den Zeitpunkt gekommen fand, auf 1. März neuerdings zu verfügen, daß keine Kälber unter fünf Wochen geschlachtet werden dürfen. Einem Zirkular des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements an sämtliche Kantonsregierungen vom 26. April 1915 konnte man aber die bemühende Tatsache entnehmen, daß dieser Vorschrift sowohl von seiten der Produzenten, der Viehinspektoren, als der Metzger und Händler nicht überall nachgelebt wird. In den städtischen Schlachthäusern mußte wiederholt konstatiert werden, daß die Kälber oft in einem viel jugendlicheren Alter an die Schlachtbank abgeliefert und auf diese Weise die im Interesse der Erhöhung der Fleischproduktion getroffenen Maßnahmen unserer Behörden vereitelt wurden. Ja es scheint in der letzten Zeit sogar vorgekommen zu sein, daß selbst kantonale Behörden das Ansinnen der Viehbesitzer unterstützen zu müssen glauben, man sollte das Schlachtalter der Kälber wieder frei geben.“ So umging man die Vorschriften des Bundesrates.[1])

Was das Heer im speziellen betrifft: Kürzlich ist in einem größeren deutschschweizerischen Blatte ganz richtig darauf hingewiesen worden, daß die bürgerliche Auffassung im Heere die Oberhand habe über die militärische, daß man den Maßstab der bürgerlich-demokratischen Freiheit und Bequemlichkeit auch auf die militärischen Verhältnisse anwende, weil das allein dem „freien Schweizer“ gezieme. Das war vor dem Einrücken der 5. Division im vergangenen August. Nun, nachdem die Truppen einige Wochen

[1]) Wer hinter die Kulissen sieht, weiß, daß gerade jetzt im Kriege in einem ungeheuren Maße die staatlichen Anordnungen umgangen werden. Es ist beschämend, daß, während wir uns um jedes kleinen Zweckes willen organisieren, sich nicht mehr Stimmen finden und sich dazu zusammentun, einmal aus den Beziehungen des Einzelnen zum Staat alles Unsaubere und Erbärmliche zu vertreiben. Wenn wir doch aus diesem Kriege einmal einfach den Anstoß bekämen, statt in den Gedanken phantastischer internationaler Aufgaben zu schwelgen, bei uns selbst für absolute Reinheit der öffentlichen Verhältnisse zu kämpfen.

im Dienst stehen, wird ein Divisionsbefehl veröffentlicht, der Maßnahmen trifft, um die Stellung des Unteroffiziers gegenüber dem Soldaten zu stärken. Gleich greift die Pressekritik ein. Ich will darüber mich nicht auslassen, ob der im Erlaß vorgesehene Weg in allem der richtige war, was mir aber keinen Augenblick zweifelhaft ist, ist das, daß die Autorität unseres schweizerischen Unteroffiziers wirklich nicht ausreichend ist. Sie ist vor allem oft rückgratlos, d. h. gegenüber den einzelnen Soldaten verschieden: gegenüber dem Einflußreichen oder Frechen feig, gegenüber dem Sanftmütigen tapfer.

Dasselbe Blatt, dem ich diese Kritik des Divisionsbefehls entnehme, hat ein paar Tage vorher gegen eine Verfügung der Militärpreßkontrolle ebenfalls sofort Protest eingelegt. Die Verfügung hatte bestimmt, daß Mitteilungen über Vorkommnisse im Gebiete der Grenzbewachung der Zensurbehörde zu unterbreiten seien. Wiederum sei hier ununtersucht, ob die Verfügung nach Recht und Zweck voll begründet war. Das Blatt aber machte darauf aufmerksam, daß man nicht wisse, ob damit alle Vorkommnisse oder nur militärische gemeint seien. Das Preßkontrollbureau antwortete: natürlich nur militärische (laut der und der Verordnung). War damit nun die Sache in Ordnung? Die Gegenantwort war: Jetzt sei erst noch der Begriff „militärische Nachrichten“ bestritten. Nachdem dann weiter behauptet, auch sonst seien Unklarheiten nicht beseitigt; man wisse nicht recht, was man unter der Verfügung verstehen solle, wird damit geschlossen, man halte die Maßnahme für unglücklich, wenn sie wirklich durchgeführt würde. Also die Maßnahme, von der man eben gesagt, man wisse nicht recht, was man darunter verstehen solle. So steht bei uns das Berufsinteresse (und in anderm Falle irgend ein anderes Interesse) dem Staat gegenüber.

Ich wiederhole noch einmal: Zur Freiheit von Autoritäten gelangt man durch die Schwächung des Staates nicht, nur sind es dann unkontrollierbare und unverantwortliche, die die Herrschaft an sich reißen.

Staatsbürgerlicher Unterricht.

Es ist nicht meine Absicht, hier im einzelnen nun zu untersuchen, wie unser Volk lebendigerer, höherer Auffassung seines Staates entgegenzuführen ist, wie es herauszuführen ist aus ödem ökonomisch-utilitaristischem Individualismus und — wovon noch zu reden sein wird — doktrinärem und rationalistischem Kosmopolitismus. Nur über die Frage des staatsbürgerlichen Unterrichtes möchte ich einiges beifügen.

Es ist ja klar, daß kein Unterricht und kein Wissen über das Gemeinwesen, in dem wir stehen, so unmittelbar und tief wirkt, wie die aktive Teilnahme am Leben des Staates selbst, aber diese Teilnahme wird doch erst zur fruchtbaren und freudigen Arbeit, wenn wir Einblick in das Gefüge und die Aktionsformen des Staates haben. Und erst, wenn wir den Gang seines Lebens ein gutes Stück weit in die Vergangenheit zurückverfolgen, so erhält auch unsere Mitarbeit Gehalt und abgeklärte Reife. Wenn wir in diesem Augenblick, wo im Nationalrat das Wasserrechtsgesetz behandelt wird, ein Bild haben von der im ausgehenden 19. Jahrhundert sich mächtig steigernden Bedeutung unserer Wasserkräfte und der in den 90er Jahren daraus entspringenden Wasserrechtsbewegung, so sagen uns die Debatten in Bern oben gewiß mehr, als wenn wir sie isoliert und ohne Zusammenhang mit der vorausgegangenen Entwicklung verfolgen. Wir dürfen also in unserer staatsbürgerlichen Erziehung den Unterricht nicht verachten.

Was aber soll der Inhalt dieses staatsbürgerlichen Unterrichtes sein? Man hat unendlich viel darüber geschrieben, und doch liegt die Sache eigentlich höchst einfach. Vor allem einmal: Man bringe kein neues Fach in den Lehrplan unserer Mittelschulen hinein! Und weg mit der systematischen Verfassungslehre! Wo letztere getrieben wurde, ist nicht viel lebendiger Gewinn dabei gewesen. Sie ist zu trocken, zu leblos und langweilig. Mit dem Hinstellen des leeren Gerüstes der Behördenorganisation, mit Schemata und Doktrinen

richten wir nicht viel aus. Wir brauchen im Grunde gar nichts prinzipiell Neues. Müssen nur das wirklich durchführen, was eigentlich selbstverständliche Forderung ist. Nämlich den Geschichtsunterricht nicht abbrechen mit 1848 oder gar schon mit 1798, sondern ihn herabführen bis zur unmittelbaren Gegenwart. Also vor allem Ausbau des Geschichtsunterrichtes.[1]) Dabei stoßen wir dann von selber auf alle staatsbürgerlichen Kenntniselemente, und zwar da, wo sie in der geschichtlichen Wirklichkeit selbst drin stehen. Die zeitliche Verschiebung des Geschichtsunterrichtes führt so von selbst auf all das, was der heutige Geschichtsunterricht zum großen Teil nicht kennt und was doch den Staat heute erfüllt und bewegt: die wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen Probleme. Morgarten, Murten, Marignano, 1798, etwa noch 1848 beherrschen einseitig das Interesse — man sehe nur unsere Lehrpensen daraufhin an, oder man mache eine Liste der im letzten Winter vor Offizieren und Soldaten gehaltenen Vorträge — es ist, als ob wir immer noch die Franzosen, Burgunder, Oesterreicher aufs Haupt zu schlagen und nicht vor allem für innerpolitische Ziele und gegen innerpolitische Schäden uns ins Zeug zu legen hätten. Ich unterschätze den nationalpädagogischen Wert unserer älteren Geschichte nicht. Aber der alte Staat vor 1798 ist in vielem tot, und von 1798 bis 1848 haben wir uns hauptsächlich damit abgemüht, unserm neuen Staat seine Grenzen gegen das Individuum hin zu ziehen und ihm seine verfassungsmäßigen Formen zu geben. Aber in Blüte aufgebrochen und zum lebensvollen Gebilde geworden ist er erst nach 1848, und besonders seit den 70er Jahren (wo allüberall in Europa die Staatskörper zu schwellen begannen). Und da setzen dann die Probleme ein, an deren Gestaltung und Umgestaltung wir heute arbeiten. Aber eben da hört nun die geschichtliche Kenntnis vielfach auf. Geschichtsforscher und Geschichtslehrer machen hier Halt. Wie auf Verabredung, auf allen Stufen, von zu unterst bis zu oberst.[2]) Wann nimmt ihrer einer einmal die Stenographischen Bulletins der Bundesversammlung oder die Jahrgänge des Bundesblattes

[1]) Daß der staatsbürgerliche Unterricht nichts weiter sei als Geschichtsunterricht, ist hiermit nicht behauptet. Wie ich mir die Lösung dieser Seite der Frage denke, lege ich nächstens in Kürze dar in den „Basler Nachrichten".

[2]) Es gibt gewiß eine Anzahl Ausnahmen.

oder die eidgenössische Gesetzessammlung zur Hand. Die Tagsatzungsabschiede, den Tschudi, den Justinger, jawohl.

Eine Hauptfrage bei den Auseinandersetzungen über den staatsbürgerlichen Unterricht ist immer die: Wie organisieren wir am zweckmäßigsten die Uebertragung der staatsbürgerlichen Kenntnisse auf die Schüler? Gewiß, das muß man sich überlegen. Aber vorderhand ist ebenso wichtig die Frage: Wie vermitteln wir die Kenntnisse den Lehrern? Die Frage muß vor allem hier, also weiter oben angepackt werden. Hand aufs Herz, was wissen unsere Geschichtslehrer von der Geschichte des schweizerischen Staates im letzten Halbjahrhundert? Was für ein Bild haben sie vom Leben, das in unserem Staatswesen in dieser jüngsten Vergangenheit pulsierte? Woher sollten sie auch ein volles Bild haben? An der Universität vermittelt es ihnen niemand, falls sie nicht zu den Nationalökonomen und Juristen ins Kolleg sitzen. Und geschichtliche Gesamtdarstellungen[1]) gibt es nicht. Niemand ist da, der den Stoff dieser neuesten Geschichte für Lehrer und Schüler genußreif gestaltete. Die zünftigen Geschichtsforscher ignorieren das jüngste Leben ihrer Nation! Man muß wissen, wie eine Hellebarde aussah und wie die Glieder in der und jener Schlacht vorbrachen, aber was das bedeutet, einem Volke die Rechtseinheit schaffen oder weite Landflächen vor dem Wildbach retten, die organische, lebende Welt vor Schäden und Schädlingen bewahren, den Erfinder schützen, das Verhältnis von Unternehmer und Arbeiter regeln, Kranken, Verunfallten und Arbeitslosen ihre Existenz sichern, städtische Wohnungs- und Bodenpolitik in gesunde Bahnen leiten, den Verkehr organisieren, Güter schaffen und verteilen, dem Staat seine Mittel beschaffen, kurz: unser Volk sittlich, geistig und materiell vorwärts bringen, das gehört nicht zur Geschichte, gehört zur Jurisprudenz und zur Nationalökonomie.

Was ist da zu machen? Im Handumdrehen gewiß nichts Ersprießliches. Man kann ja nun vorerst die Frage lösen: Wie rufen wir einen allgemeinen staatsbürgerlichen Unterricht oder sagen wir jetzt, einen modernen Geschichtsunterricht[2]) ins Leben? Es mag mit

[1]) Für diese neueste Periode.
[2]) Wie schon erwähnt, in besonderer Form.

Bundesautorität — ich gehe auf die Verfassungsfrage nicht ein — ein Satz erlassen werden (Nur kein eidgenössisches Mittelschulgesetz mit einem Sprachenparagraphen, wie es manche wollen!): „Die Kantone (resp. die Gemeinden) sorgen dafür, daß jeder junge Schweizer zwischen 16 und 19 Jahren einen gründlichen Unterricht in der neuesten Geschichte unseres Landes erhält, wobei im Interesse der staatsbürgerlichen Erziehung die innere Geschichte allseitig zu behandeln ist.“ Die Durchführung in den Mittelschulen ist *prinzipiell* eine einfache Sache, und für die Jünglinge, die keine Mittelschulen besuchen, werden gemeindeweise besondere Kurse organisiert.

Die Schwierigkeit ist aber, wie schon gesagt, die *Lehrerfrage.* Im allgemeinen werden *die* Lehrer in Frage kommen, die sonst schon den Geschichtsunterricht erteilen. In Ausführung und im Sinne jener eidgenössischen Norm werden die Kantone ihre Lehrerprüfungsreglemente ergänzen. Aber den Lehrern (aller in Betracht kommenden Stufen) muß eine sichere Quelle für die geforderten Kenntnisse zur Verfügung stehen. Dafür kommt letztlich die *Hochschule* in Betracht. Ist sie eine sichere Quelle? Für jetzt jedenfalls nicht. Ihre Historiker wenigstens müssen sich selbst zuerst auf die neue Aufgabe einrichten. Nur einzelne Partien dieser neuesten Geschichte sind (zumeist von Nationalökonomen und Juristen, etwa auch von praktischen Politikern) derart wissenschaftlich durchgearbeitet, daß sie die *darstellerische Reife* erreicht haben. Viele Gebiete müssen erst aus dem primären Material — aus amtlichen Drucksachensammlungen, Drucksachen aller Arten von Verbandsbildungen; aus der Streitschriftenliteratur, der Presse usw. — erarbeitet werden. Das vierbändige Handwörterbuch der schweizerischen Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung umfaßt gewiß den Hauptteil des ganzen Stoffes, indessen neben vielem Guten ist hier die Anzahl der Artikel, die selbst bescheidenen Ansprüchen nicht genügen, recht groß.

Meines Erachtens genügt eine ausschließlich amtliche Förderung des staatsbürgerlichen Unterrichtes nicht. Ueberdies muß neben dem Unterricht der Jungmannschaft her auch dem erwachsenen Bürger mehr Gelegenheit zur staatsbürgerlichen Orientierung

gegeben werden, und zwar nicht — wie es meist geschieht — in vereinzelten Vorträgen, sondern in Vortragsserien, wie es etwa die Basler populären Kurse sind, die jedoch auch stärker in den Dienst der hier in Rede stehenden Sache gestellt werden sollten. Die private Förderung des staatsbürgerlichen Unterrichts aber sollte organisiert werden. Es wird gerade jetzt an den verschiedensten Orten unser Problem erörtert. Man sollte die Kräfte und Erfahrungen sammeln, um sie für denjenigen Teil der Sache, der nicht direkt von staatswegen durchgeführt werden kann, fruchtbar zu machen, z. B. für die Organisierung von Ferienkursen für Lehrer, von Vortragskursen für die Bürger — was nicht Parteisache werden sollte — usw. Mir scheint hiefür die Bildung einer „Schweizerischen Vereinigung zur Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung“ das zweckmäßigste. Um ihr eine breite Basis zu geben, sollte die Bildung von einer Anzahl bestehender Vereine ausgehen oder wenigstens unter Beteiligung von führenden Köpfen derselben vor sich gehen. Ich denke etwa an den Schweizerischen Geschichtslehrerverein (oder den Gymnasiallehrerverein überhaupt), die Schweizerische Geschichtsforschende Gesellschaft, den Schweizerischen Lehrerverein, den Schweizerischen Verein für kaufmännisches Bildungswesen, die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft, die Neue Helvetische Gesellschaft, vielleicht auch — um der Sachverständigen willen — die Schweizerische Statistische Gesellschaft und den Schweizerischen Juristenverein. Es wäre vor allem dafür zu sorgen, daß die Sache nicht dem Dilettantismus anheimfällt, daß der politische und administrative Praktiker, der Wissenschaftler und der Schulmann zusammen arbeiten, daß alles auf gesamtschweizerische Basis gestellt wird. Jedenfalls, der Bewegung sollte nun einmal greifbare Verkörperung gegeben werden, auch außerhalb dessen, was etwa der Bund zu unternehmen gedenkt.

Können wir dann endlich zuversichtlich hoffen, daß diese Frage aus dem Stadium vielfach unfruchtbarer Diskussion in das der praktischen Inangriffnahme trete? Wird ihre Verwirklichung sich durchsetzen, wo der Krieg vorübergehend oder auf die Dauer uns mit andern großen öffentlichen Sorgen belastet? Wir bauen darauf, daß gerade die neuen Sorgen ein Sporn sein werden.

Neutralitätsprinzip.

Wir sahen, daß ein Land wie das unsrige in besonderm Maße die Einheitsgesinnung seiner Bürger im Staatlichen verankern muß. Nun weist aber gerade unser Staat eine besondere Unvollkommenheit (gemessen am normalen Volltypus des Staates) auf. Man weiß, eine wie mächtige Stählung das Einheitsbewußtsein der Völker erhält im Feuer großer auswärtiger Geschichte. Eine große auswärtige Geschichte neueren Datums ist aber eben uns, die wir solcher Stählung im besonderen Maße bedürften, versagt, denn wir leben unter dem Regime dauernder Neutralität. Es ist deshalb sehr verständlich, wenn unter dem Eindruck unserer nationalen Desorientierung in diesem Krieg Stimmen laut wurden, die einer Erweichung unseres Neutralitätsbewußtseins — gewiß nicht mit Bezug auf diesen Krieg, sondern prinzipiell und allgemein —, ja einer direkten Aufgabe dieses Prinzipes das Wort redeten. Es ist kein Zufall, daß mit besonderer Begründung ein Historiker (E. Dürr) Forderungen nach dieser Richtung aufgestellt hat, dessen wissenschaftliche Tätigkeit in der Periode größter Aktivität der alten eidgenössischen Außenpolitik sich bewegt. Er fordert, daß das dogmatisch-neutrale Denken und Fühlen ersetzt werde durch „frei neutrales“ Denken, d. h. daß wir in jedem Fall aus freier Erwägung (der rein schweizerischen Interessen) und in souveräner Freiheit immer wieder von neuem den Entschluß zur Neutralität fassen sollen. Wir sollen, so meint er, die freie Bewegung in auswärtigen Dingen wieder erreichen, in Fragen der großen internationalen Politik genau so schweizerisch werten und wollen, wie es der Franzose französisch, der Deutsche deutsch tut.

Aber wie gehen nun seine Schlußfolgerungen weiter? Jener freie Entschluß werde doch immer wieder in allen Fällen zum gleichen

Ergebnis führen, nämlich zum Verzicht auf die Anteilnahme an den europäischen Händeln und zur Nichtteilnahme an diesem und jedem andern künftigen Krieg. In seltsamer Weise beherrscht also darnach ein historisches, ja ein Naturgesetz unsere auswärtige Politik. Wir mögen lange immer aus freiem Willen überlegen, was wir in Dingen der auswärtigen Politik zu unserm Besten tun sollen, es kommt stets wieder zur selben Stellungnahme: zur Neutralität. Davon ist Dürr überzeugt, er sucht auch uns davon zu überzeugen und verlangt doch, daß wir uns immer wieder der Illusion hingeben, als könnte die Ueberlegung einmal auch anders ausfallen. Die Annahme eines solchen eigentümlichen naturgesetzlichen Zwanges ist natürlich stark doktrinär und unhistorisch gedacht. Aber Dürr nimmt nicht allein an, daß ein solcher Zwang innerhalb unserer scheinbaren Handlungsfreiheit herrsche, nein, er plädiert auch ausdrücklich dafür, daß unsere Neutralität als Grundsatz unserer auswärtigen Politik bleiben, daß sie auch in völkerrechtlicher Geltung weiter bestehen solle (nebenbei: was gilt nun? die Neutralität als politische Maxime oder als Völkerrechtssatz?).

Also eine politische Norm leitet uns, ein Rechtssatz bindet uns, ein historisches Gesetz regiert uns, in freiem Willen handeln wir. Und alles kommt doch auf dasselbe heraus: Aufrechterhaltung dauernder Neutralität! Wie stellt sich Dürr übrigens in praxi das vor: die Schule soll (nach ihm) von staatswegen dem Volk einimpfen, daß das Wort Neutralität als Gesinnung verschwinde, nur als veraltetes und gefährliches Fremdwort gelte (nach dem Grundsatz: Von nun an nicht mehr neutral, aber schweizerisch). Von staatswegen! Wo doch dieser Staat nach Dürr selbst die Neutralität als politische Maxime erklärt, ja als Völkerrechtssatz anerkennt, also für deren Befolgung und Einhaltung sich einsetzt. Liest man den Schlußsatz von Dürrs Artikel, so bekommt man fast den Eindruck, als ob er im Grunde genommen eine ganz neutralitätsfreie schweizerische Politik ersehnte. Dürr hat dann neuerdings (Sonntagsblatt der Basler Nachrichten) in ähnlichem Sinne zu dem Problem Stellung genommen. Ganz klar rückt er auch hier nicht mit der Sprache heraus. Er sagt: „Die Neutralität ist (jetzt) aus einem Zwang eine Freiheit geworden und in unseres Volkes Willen gestellt und wir

nehmen uns als Staat das Recht, sie je und je grundsätzlich zu verkünden, oder wenn Ehre und Not es heischen, aus ihr herauszutreten.“ Diesmal motiviert er nun aber noch besonders (wenn auch nicht ausdrücklich) mit Belgien. Er behauptet, daß heute in diesem großen Krieg die Geltung einer Neutralität überhaupt im Sinne einer Bürgschaft oder Respektierung durch die Mächte gefallen sei. Dieser Satz, der ja etwas präziser formuliert sein dürfte, wird doch wohl nichts anderes besagen, als daß dauernde Neutralität eines Landes als eine von den Mächten allgemein anerkannte politische Maxime oder als völkerrechtliche Norm aufgehört habe zu existieren. Wo herrscht diese Ansicht? Beim Volk? Bei den Völkerrechtslehrern? Bei den Staatsregierungen? Ich glaube bei allen drei Instanzen nicht. Aus dem politischen Codex der Staaten, aus den Lehrbüchern der Juristen wird das Institut dauernder Neutralität oder Neutralisation bestimmter Staaten nicht verschwinden.

Und es ist im großen ganzen auch nicht richtig, daß im Volk der Begriff dauernder Neutralität sich erweicht habe zum Begriff einer bloß jeweiligen Neutralität ad hoc.

Es ist nur schwer zu verantworten, wenn man jetzt unserm Volke predigen will: „Weg mit dem Institut der Neutralität; geachtet wird es im konkreten Falle ja doch nicht!“ Also ausgerechnet wir Schweizer, die wir an diesem Institut vor allem ein Interesse haben und deren Neutralität von unsern Nachbarn nun während 1½ Jahren prompt geachtet worden ist, wir sollen uns jetzt an die Spitze einer Bewegung stellen, die die Neutralität aus dem Bestand des geltenden Völkerrechtes streichen will? Weil es in diesem Krieg ein paar Mal verletzt worden ist. Mir scheint diese Schlußfolgerung denn doch daneben zu treffen. Was tun wir denn, wenn zu bestimmter Zeit gewisse Straffälle (in der Sphäre des einzelstaatlichen Strafrechts) sich gehäuft haben? Wir rufen erstens nach Verschärfung der entsprechenden Artikel des Strafgesetzbuches, suchen jedenfalls im Rechtsbewußtsein des Volkes die betr. Strafrechtsnormen stärker zu verankern, handeln also nicht so unsinnig, daß wir diese Normen nun aus dem positiven Recht streichen wollten. Zweitens treffen wir von uns, den Einzelnen, aus erhöhte Maßnahmen zum Schutze der in Frage kommenden und in Gefahr stehenden Güter

und Interessen. Der richtige Analogieschluß ist doch klar: das geltende Recht, also in diesem Fall das Neutralitätsrecht, lebt trotz aller Rechtsbrüche weiter. Keine Rechtsnorm ist ja ihrer absoluten Einhaltung sicher. Keine geht auch im einzelnen Rechtsbruch unter. Und richtige Rechtspolitik predigt in Zeiten besonderer Häufung von Neutralitätsbrüchen dem Volksbewußtsein nicht die Abschaffung der betreffenden Rechtsnorm, sondern die Notwendigkeit ihrer (verstärkten) Weiterdauer. Daneben her geht natürlich die Mahnung, von den Einzelnen, d. h. den einzelnen Staaten, aus erhöhte Maßnahmen zum eigenen Schutze der Neutralität zu treffen.

Insofern berühren die Neutralitätsbrüche dieses Krieges gewiß auch unser Land. Aber gerade um der Heiligkeit der Neutralität willen — ihre Grenzen richtig verstanden — müssen wir nun andererseits so entschieden wie nur möglich dagegen Einspruch erheben, wenn man die Neutralitätshaltung unseres Volkes mit der belgischen (vor dem Krieg) auf eine Linie stellen will.

Hier liegt eine Kluft zwischen uns und den Belgiern. Man mag Deutschlands Vorgehen gegen Belgien als noch so schwarz hinstellen; man mag sagen, daß Deutschlands Schuld um kein Tüpfelchen kleiner wird durch das, was Belgien an neutralitätswidrigem Verhalten geleistet hat, umgekehrt muß man doch zugeben, daß Belgiens Unglück Belgiens vorausgegangenes Verhalten ebenfalls um kein Tüpfelchen entschuldbarer machen kann. Und dieses Verhalten — ich denke jetzt gar nicht so sehr an die letztes Jahr entdeckten bekannten Dokumente über militärische Verabredungen mit England, sondern an die dunkle, wahrhaft dunkle Geschichte der belgischen Neutralität die langen Jahrzehnte vorher — dieses Verhalten, nein, hüten wir uns, mit ihm uns solidarisch zu erklären! Es ist eben auch heute noch eine Macht, und besitzt eine Bedeutung, daß wir uns mit gutem Gewissen und unsre Nachbarn sich mit vollem Vertrauen sagen können: Die Schweiz ist neutral; auch auf die Zeit vor dem Krieg fällt kein Schatten."[1])

Lehnen wir also jede Aufforderung, unser traditionelles Neutralitätsbewußtsein aufzugeben, ab! Ich wiederhole noch einmal:

[1]) Wobei ich selbstverständlich die Ansicht nicht vertreten kann, die Welschschweiz habe während des Krieges insgesamt die Grenzen moralischer Neutralität vollständig eingehalten.

Was ist denn Neues geschehen? An die Integrität eines Staates gerührt! Ein Recht zerbrochen! Ist das nicht schon hundert Mal passiert? Man tut wahrlich, als ob es das erste Mal geschähe. Brauchte es erst ein hundert und eintes Beispiel, um uns Schweizer zu lehren, daß unsere Integrität nicht allein auf einem Stück Papier beruht, daß also die andern Faktoren, auf denen sie auch noch beruht, bereit stehen müssen? Wenn für uns eine Lehre aus Belgiens Schicksal zu ziehen ist, ließ uns nicht jedes Geschichtsbuch an 100 Beispielen diese Lehre schon längst ziehen?

Daß sich bei uns eine gewisse Wandlung in der wissenschaftlichen Auffassung unserer Neutralität im Laufe der neueren Zeit (vor dem Kriege) vollzogen hat, ist ja wohl klar. In dem Sinne, daß man sagen kann, es sei eine Auffassung herrschend geworden, die man etwa so formulieren kann: Unsere dauernde Neutralität ist keine juristische, sondern eine politische Norm, eine Norm, von uns gesetzt oder vielmehr durch Gewohnheit herausgebildet, vom Ausland anerkannt und darum mit einem gewissen Gewicht politisch-moralischer Verpflichtung und politisch-moralischen Anspruches versehen, aber nicht behängt mit dem Gewicht eigentlicher Rechtsüberzeugung, also kein Satz weder unseres Verfassungsrechts noch des Völkerrechts. Es besteht für uns völkerrechtlich keine Pflicht und kein Recht, dauernd neutral zu sein, aber es ist unser beschlossener und von den Mächten anerkannter politischer Grundsatz. Es soll hier nicht untersucht werden, ob und inwieweit diese Auffassung in den geschichtlichen Quellen begründet ist, ob und inwieweit sie auch in der ausländischen Rechtswissenschaft, ferner in der offiziellen einheimischen und ausländischen Auffassung herrscht. Merkliche Abweichungen würden sich zeigen. In unserm Volksbewußtsein jedenfalls lebt doch wohl eine strengere, d. h. juristischere Auffassung.

Wenn es sich aber wirklich nur um eine dauernde politische Maxime handelt, dann entscheidet für die Frage, ob Aufhebung oder Aufrechterhaltung, natürlich schließlich doch letztlich die Zweckmäßigkeit. Wie steht es nun um diese Zweckmäßigkeit? Nur ein paar Bemerkungen können hier angebracht werden.

So wenig die Bedeutung lebendiger Bewegung des Staates auch nach außen hin für die Geschlossenheit und Stärke des Na-

tionalbewußtseins zu verkennen ist, so starke Gründe zwingen uns auf diese Seite eines politischen Vollstaates zu verzichten. Die Verhältnisse bei uns und um uns sind von Grund aus anders geworden als zu der Zeit, wo der eidgenössische Bund oder seine Glieder energische Außenpolitik trieben. In der einstigen mitteleuropäischen Depressionszone sind Schwärme von mittleren und kleineren politischen Machtwesen — z. T. halbmächtige und ohnmächtige Objekte robuster Machtpolitik — zusammengeschlossen zu Großstaaten. Und bei uns selbst ist die ethnische Einheit (des damals aktiven Teils) der Eidgenossenschaft nicht mehr in dem Maße vorhanden. Ringen wir uns zwischen Deutschland, Frankreich und Italien wieder zu aktiver Beteiligung an den großen politischen Auseinandersetzungen empor, so wird sich mit uns emporrecken das Nationalitätsprinzip und in früheren oder späteren italienisch-französisch-deutschen Konflagrationen uns auseinanderreißen.

Die nationale Frage und unsere Stellung gegenüber dem kriegführenden Ausland, im besonderen gegenüber Deutschland.

Am gegenwärtigen Krieg hat sich unsere nationale Frage entzündet oder vielmehr: sie ist durch ihn ans Licht gezogen worden. Auf dem Weg zur Klärung dieser Frage kommen wir deshalb nicht an einer Besinnung über unsere Haltung zum kriegführenden Ausland vorbei. Denn die sich nach außen erstreckende Haltung unseres Volkes ist ein Stück auch seiner nationalen Haltung im Ganzen.

Die nationale Krisis in unserm Land bekam ihre Schärfe vor allem durch den Umstand, daß in den beiden Kriegslagern, nach denen unsere Sympathien zum Teil auseinanderlaufen, u. a. auch die kulturellen Stammgebiete unserer Landesteile stehen. Es ist klar, daß eine Auffassung, die diesen Krieg hauptsächlich unter dem Gesichtswinkel einer deutsch-französischen Auseinandersetzung betrachtet, unseren schweizerischen Gesinnungskonflikt verschärft und deshalb, wenn sie vorhanden ist, bekämpft werden muß. Eine solche Auffassung ist nun aber tatsächlich vorhanden. Zwar stimmt durchaus nicht, was W. E. Rappard in dieser Hinsicht schreibt: „In einem Punkt sind wir Schweizer ziemlich einig. Der gegenwärtige Krieg, der jenseits des Rheines vornehmlich als ein deutsch-englischer, und südlich der Donau als ein österreichisch-russischer gilt, erscheint uns allen in erster Linie als ein deutsch-französischer". Durchaus nicht uns allen, nämlich uns in der deutschen Schweiz zum ganz überwiegenden Teile nicht. Selbst der schlichte Mann bei uns trifft mit ziemlich sicherem Gefühle das Richtigere. In der welschen Schweiz herrscht allerdings jene falsche Meinung vor. Erst recht müssen wir es ferner ablehnen, wenn Rappard von jener Ansicht sagt, sie sei zwar vom menschlich-geschichtlichen Standpunkt aus verfehlt, aber vom national-politischen aus für uns im wesentlichen richtig. Gewiß ist sie objektiv verfehlt — und der Historiker muß das mit aller Bestimmtheit zum Aus-

druck bringen —, aber unter dem national-politischen Gesichtspunkt ist sie überdies geradezu schädlich und kurzsichtig. Es gibt ausgerechnet nichts schädlicheres, als uns aus der wahren Gestalt dieses Krieges jene falsche Ansicht zurechtzumachen. Es verschärft die Kluft zwischen dem welschschweizerischen und deutschschweizerischen Gesinnungslager, wenn dieser Krieg vorzugsweise oder fast ausschließlich unter die Kategorie eines deutsch-französischen Konfliktes gebracht wird. Aber wer unternimmt es endlich einmal, unsern welschen Landsleuten das verzerrte Bild, das sie von den Grundlagen der gegenwärtigen Krisis haben, zu zerstören und das richtige vor die Augen zu stellen?

Was nun unsere gefühlsmäßige und beurteilende Stellung zu den kriegführenden Ländern betrifft, so hat schon früh nach Ausbruch des Krieges eine Bewegung eingesetzt, die auf größere Reserve in unseren Sympathien und Antipathien hinzielte, ja schließlich sich zur Forderung stärkerer innerer Loslösung von den uns art- und kulturverwandten Ländern steigerte, da sonst unsere Geister zu rein schweizerischem Zusammenschluß nicht frei zu machen seien. Diese Bewegung, u. a. auch von Kreisen der Neuen Helvetischen Gesellschaft getragen, schlug aber im ganzen eine sehr einseitige Richtung ein. Sie traf hauptsächlich die deutsche Schweiz, die ihrer am wenigsten bedurfte. Die Erwägung, daß eine deutschschweizerische Beichte und Buße dann auch die welsche Schweiz zur Revision ihrer Haltung veranlassen werde, erwies sich fast durchweg als irrig.

Uns hielten Spitteler und andere ihre Mahnreden. Und wenn dann auch Stimmen der welschen Schweiz sich erhoben, so wandten sie sich weniger in demselben Sinne an ihre engern Landsleute als — wie Seippel und Rappard — an uns Deutschschweizer mit der Absicht, die Stellungnahme der Westschweiz im ganzen nicht etwa zu tadeln, sondern zu rechtfertigen oder doch (mit mancher Kritik im einzelnen) erklärlich zu machen. Nahm die nationale Sammlungsbewegung so schon keinen neutralen, objektiven Verlauf, so sind uns Deutschschweizern überdies von denjenigen, die gleichsam stellvertretend für uns Beichte ablegten, nationale Sünden zu unrecht zugeschrieben worden, und darin lag dann nicht nur Irrtum, sondern in Bezug auf die erwünschte Wirkung auf die Welschen auch Unklugheit.

Es fälscht nämlich die Sachlage, wenn E. Bovet (in „Wissen und Leben") sich so ausdrückt, als ob in der deutschen Schweiz Fanatismus für Deutschland in gleichem Maße vorhanden sei wie (in der welschen Schweiz) gegen Deutschland. Und wenn Carl Spitteler es beklagt, daß die deutsche Schweiz sich einer instinktiv unfreundlichen Gesinnung gegen Frankreich nicht genügend zu entziehen vermocht habe, einer Gesinnung, die in den ersten Wochen förmlich neutralitätswidrig gewesen sei, so muß mit Entschiedenheit betont werden, daß kein Tausendstel der deutschen Schweiz in diesem Krieg Frankreich gegenüber je eine instinktiv unfreundliche Gesinnung gehegt hat. Und was soll man dazu sagen, wenn Spitteler weiterhin behauptet, es hätte fast ein bischen danach ausgesehen, als ob wir Schweizer die Franzosen deshalb verachteten, weil ihnen die Kaiser, Könige und Kronprinzen gebrechen! Es ist ferner auch weder wahr noch (im Interesse der inneren Einigung) klug, wenn Spitteler den Deutschschweizern vorwirft, sie hätten in der langen Friedenszeit gänzlich vergessen, daß zwischen Deutschland und der deutschen Schweiz etwas wie eine Grenze stehe.[1]) Endlich muß widersprochen werden, wenn von anderer Seite Wernle, der den Wert der Kulturgemeinschaft mit Deutschland hervorhob, vorgeworfen wird, man

[1]) Ich habe mich früher schon im allgemeinen über die Rede Spittelers ausgesprochen. Ich mußte hinweisen auf die Unzulänglichkeit seines Denkens politischen Problemen gegenüber. Hier ist ein Wort nötig über seine Unzulänglichkeit zu praktischer Stellungnahme inmitten politischer Vorgänge. Da wird es zu einer politisch-moralischen Forderung, daß wir uns von dieser Rede befreien. Es gibt weite und ernsthafte Kreise, die diese Forderung in sich tragen. Wir richten vor allem an die Neu-Helvetische Gesellschaft die Bitte, sie möge auf diese Kreise Rücksicht nehmen und die Propaganda für den Spittelerschen Vortrag aufgeben. Die N. H. G. hat sich ja gewiß als Ganzes (meines Wissens wenigstens) dieser Propaganda nicht gewidmet. Aber er wurde nun einmal in einer Ortsgruppe dieser Gesellschaft (Zürich) gehalten und in dem Augenblick, wo der Vortrag in Masse und gratis mit anderem Propagandamaterial, wie es scheint von der Ententeseite aus, in der Schweiz verbreitet wird, da protestiert zwar die Basler Gruppe der N. H. G. gegen das Verschenken des Spittelervortrages an die Schweizer durch das Ausland, gestaltet aber den Protest so, daß er zugleich ein nicht mehr zu übertreffendes Loblied auf diesen Vortrag ist. Im Uebrigen: Warum so losziehen gegen das Ausland, das uns derart mit unsern eigenen Erzeugnissen überschüttet? Die betreffende helvetische Lokalgruppe wende sich doch an die Schweizer, die dem Ausland den Vortrag zur Verfügung gestellt haben; denn es verhält sich hier anders als mit den „Stimmen im Sturm". Exemplare der „Stimmen im Sturm" sind von deutscher Seite angekauft worden, so, wie eben jeder, der will, sie kaufen kann. Der Spittelervortrag aber, den nach den Worten der erwähnten Basler helvetischen Gruppe jetzt die Entente verbreitet, ist eine besondere Ausgabe, nicht dieselbe, die sonst im Buchhandel zu kaufen war.

begegne hier wieder dem Erbübel der Schweiz in den letzten Jahrzehnten, alles vom auswärtigen Gesichtspunkt aus zu beurteilen. Es fängt allgemach an so auszusehen, als ob jede Anerkennung fremden, insbesondere deutschen Wesens, Vaterlandsverrat sei.

Diejenigen, die so gern die Parole „Nur-Schweizerisch!“ im Munde führen, mögen sich überlegen, daß zu unserm Land auch seine auswärtigen Beziehungen gehören. Und wie liegt die Sache hier? Wir stehen auf dem Punkte, daß ein Teil unseres Volkes unsere unverdächtigen Beziehungen zu Deutschland vergiftet und zerstört. Es ist Kurzsichtigkeit, wenn man nun denjenigen, die gegen diese Tendenzen arbeiten, Mißtrauen entgegenbringt, und es ist Befangenheit, wenn man ihr Schweizertum nicht für ganz echt hält. Es könnte einmal eine Zeit kommen — wir wollen es nicht hoffen —, wo wir die Kurzsichtigkeit einsehen, daß wir unser gutes Verhältnis zu Deutschland zu unserm Schaden leichtfertig trüben ließen.

Die Wirkung auf die Welschen blieb übrigens, wie gesagt, aus. Daß die deutsche Sprache, die wir diesseits der Saane vorläufig doch auch noch sprechen, jenseits derselben beliebter geworden sei, wird kein Mensch behaupten. Ich will jenes Bußetun vor den welschen Eidgenossen nicht mit eigenen Worten charakterisieren. Aus dem Kreise derer, die an der Inszenierung jener Bewegung beteiligt waren, ist selbst nachträglich (als die Welschen über den italienischen Vertragsbruch sich nicht in gleicher Weise empörten wie über den deutschen Einbruch in Belgien) gesagt worden, daß wir demütig wie kleine Büblein, denen das Herz in die Hosen fällt — ich zitiere — gehandelt, daß wir kapituliert und anerkannt hätten, ihre Denkweise sei vornehmer und idealer, ihre Haltung Deutschland gegenüber gerechter und mutiger, daß wir zum so und sovielten Male an unsere Sünderbrust geschlagen und geseufzt hätten: mea culpa, mea culpa 2c.

Gewiß, unser sympathisches Miterleben der Geschichte unserer Nachbarn darf zu keiner Gefahr für die Integrität der schweizerischen Staatspersönlichkeit werden. Aber tat sie denn das in der deutschen Schweiz in auch nur irgendwie beachtenswertem Maße? Man hat die paar deutschschweizerischen Stimmen, die allenfalls so gedeutet werden könnten, in Wahrheit aber in dieser Richtung be-

deutungslos sind, genug verketzert und an den Pranger gestellt.[1]) Wenn ich sage, daß ich dieses Exkommunizieren entschieden verurteile, so werden manche allerdings bereit sein, mich derselben Strafe für würdig zu befinden. Es ist ferner bemühend, wie von dieser und jener Seite die Stellungnahme für oder gegen Deutschland mit deutschem Lohn oder Strafe in Zusammenhang gebracht wird. „Der Parteinahme winkt unmäßiger Lohn, der Unparteilichkeit drohen vernichtende Strafen.“ So Spitteler, der selbst, wie er sagt, sich um die Folgen seines Vorgehens nicht gekümmert hat. Warum aber dann anderen, die etwa mit dem Gefühl oder dem verstandesmäßigen Urteil für die deutsche Sache Partei ergreifen, die gegenteilige Gesinnung zutrauen? Zwar sagt ja Spitteler nur: „Mit elenden sechs Zeilen unbedingter Parteinahme kann sich heute jeder, der mag, in Deutschland Ruhm, Ehre, Beliebtheit und andere schmackhafte Leckerbissen mühelos erwerben“; aber für die Leute, die so Partei ergreifen, besteht nun eben doch wenigstens die Vermutung, daß sie aus solchen Motiven handeln. Kann sich Spitteler vorstellen, daß es übrigens doch eine erkleckliche Anzahl Menschen gibt, die auf Leckerbissen jener Art überhaupt nicht viel geben? Jedenfalls hat nicht der hundertste Teil der deutschfreundlichen Schweizer irgend einen faßbaren Vorteil von seiner Gesinnung. Im übrigen sollte man sich um solche Verdächtigungen auch nicht kümmern, selbst wenn sie so offen und direkt vorgebracht werden, wie vom P. S.-d.-Einsender in den „Basler Nachrichten“, der von der Anerkennung (natürlich in Deutschland) redet, um die es den Herren der „Stimmen im Sturm“ offenbar so sehr zu tun sei.

Aber ist es nun nicht wirklich das einzig Richtige, unsere Sympathien in diesem Kriege und auch unser Urteil zurückzustellen, oder überhaupt nicht aufkommen zu lassen? Dementgegen meine ich, so wenig wie unsere schweizerische Neutralität heißt: innere Teilnahmlosigkeit, so wenig heißt sie: Verzicht auf Urteil und eigene Auffassung,

[1]) Ein analoger Fall: Bei Gelegenheit der Abstimmung über die Kriegssteuer hat Konrad Falke die in die Urne fallenden „Nein“ als Schüsse in den Rücken unserer Armee bezeichnet. Ich bin natürlich auch der Ansicht, daß man die Kriegssteuervorlage annehmen mußte, aber es kann immerhin ehrliche Leute geben, die einen anderen Geldbeschaffungsweg für zweckmäßiger hielten. Solange unsere Behörde uns um unsere Ansicht über eine staatliche Maßnahme frägt, geht es nicht an, diejenigen, die etwa Nein sagen, für patriotisch ehrlos zu erklären.

auch nicht Verzicht auf die Veröffentlichung dieser Auffassung. Aber selbst wenn in ihr (an sich) all dies beschlossen wäre, so könnte sie nicht gehalten werden im Hinblick darauf, wie die Sachen jetzt bei uns stehen. Denn die publizistische Herrschaft liegt bis zu einem hohen Grade bei denjenigen, deren Urteil über Deutschland ich in vielem als falsch betrachte. Nun ist die Publizistik gewiß nicht alles, aber immerhin, sie ist eine Macht, und man muß ihr schon auf ihr Feld folgen, wenn man ihre Haltung in dem und jenem nicht billigen kann. Es ist, wie schon gesagt, für mich nun aber kein Zweifel, daß das im ganzen in unserer Publizistik niedergelegte Urteil über den Krieg und die Kriegführenden aus Irrtum (oder manchmal auch Uebelwollen) zu Ungunsten Deutschlands verschoben ist. Aus dieser Ueberzeugung erwächst die Pflicht, ihr auch Ausdruck zu geben.

Aber sind wir überhaupt in der Verfassung, zu einer einigermaßen objektiven Beurteilung zu kommen? Die Ansichten darüber sind verschieden. Die einen meinen, unser schönes Privileg sei jetzt nicht nur neutral, sondern auch wahr und gerecht zu sein. Durrer redet von der Kant'schen reinen Vernunft (!), die mit dem Krieg die Länder Europas als Flüchtling verlassen mußte, und in unsern friedlichen Bergen eine letzte Zufluchtsstätte sucht. Andere wieder meinen, auch wir sollten uns jeder Urteilsäußerung vorläufig enthalten.

Weder bin ich nun der pharisäischen Ansicht, wir allein hätten noch die Vernunft behalten, noch meine ich, wir seien ganz unfähig, uns unser eigenes Urteil zu bilden. Vor allem aber: immun gegen die Einflüsse auswärtiger Propagandaliteratur werden wir auch durch alles Schweigen und Verkriechen nicht. Der Geschichtsforscher wird jedenfalls auf den Versuch, die Dinge zu sehen, wie sie sind, nicht verzichten, und dem Geschichtslehrer kann nicht gleichgültig sein, was die Leute für Vorstellungen darüber haben.

Da ist nun zum vorneherein festzustellen, daß man schon einen verschieden strengen Maßstab an die aus dem Ausland zu uns einströmende Aufklärungs- und Propagandaliteratur anlegt. Was hat man nicht alles zu hören bekommen zur Zeit, als diese Literatur hauptsächlich über die deutsche Grenze kam! Wenn ich wieder mit Spitteler exemplifiziere, so ist er auch diesmal als Vertreter einer

allgemeinen Strömung aufzufassen. Spitteler hat den Charakter der deutschen Propaganda auf Ausdrücke wie die folgenden abgezogen: Kommandoton, gefährliche Drohungen, Zischeln einer bösen Versuchung, die uns dahin bringen wollte, auf die Begriffe von Wahr und Unwahr zu verzichten, unsere Ueberzeugungen von Recht und Unrecht zu fälschen. Zugegeben, daß die Deutschen uns ihre Ueberzeugungen beibringen wollten! Das tun wir selbst alle Tage unsern Mitmenschen gegenüber. Aber warum den Deutschen nun unterschieben, sie wollten uns dahin bringen, daß wir ihre Ansichten wider unsere Ueberzeugung teilten, d. h. eben, wie Spitteler sagt, unsere Ueberzeugungen von Recht und Unrecht fälschten!

Gewiß sind Fälle vorgekommen, wo deutsche Stimmen uns offen zur Heeresfolge aufriefen — ein Artikel von Kurt Breysig z. B. gleich zu Anfang des Krieges hat einen schlechten Eindruck gemacht —, gewiß sind literarische Manifestationen unbegrenzten Englandhasses auch zu uns gedrungen — unsere Presse hat sich zum Teil nicht genug tun können, sie immer wieder in Erinnerung zu rufen —, gewiß ist vieles an der deutschen Propaganda nicht geschickt gewesen, aber solche Auswüchse durften niemals in dem Maße, wie es bei uns geschehen ist, als repräsentiv für die deutsche Publizistik überhaupt gelten. Wenn z. B. als Exempel deutscher Streitliteratur das Büchlein „Händler und Helden“ von dem bekannten Nationalökonomen Werner Sombart zitiert wurde, so hätte beigefügt werden müssen, daß diese Schrift in Deutschland selbst lebhaftester Kritik begegnet ist. Ich kenne über ein halbes Dutzend Besprechungen, die an Schärfe nicht überboten werden können. Einiges durchaus Beachtenswerte findet sich zwar bei Sombart immerhin. Und wenn der „Simplizissimus“ seine Ausfälle über die feindlichen Mächte in einem Heftchen zusammenstellt und über die Grenze läßt, so bin ich gewiß, daß es auch in Deutschland Leute gibt, die mit Verachtung und Empörung zusehen, wie in dieser furchtbar großen Zeit der Sudelstift eines Witzblattes den Feind zu beschmutzen unternimmt.

Der Deutsche macht sich nicht leicht eine zureichende Meinung, wie bestimmt ein Teil unserer Intellektuellen sich der deutschen Aufklärungsliteratur gegenüber ablehnend verhalten hat. Als dann

allerdings in der Folge die französische und englische Propaganda über uns kam, da war man im ganzen plötzlich viel duldsamer. Und kam sie etwa mit weniger Aufdringlichkeit? Zusendungen aus England nahmen uns bereits als „confrères" in Beschlag, und was hätte man gesagt, wenn bei uns in der deutschen Schweiz ein Buchverlag sich in dem Maße zum Aktionsposten ausländischer Bearbeitung ausgestaltet hätte, wie es mit der Librairie Payot & Cie. in Lausanne der Fall ist. Allerdings, wenn von irgend einem „Deutschen" selbst sein Vaterland heruntergemacht wurde, dann hat man sich begierig darauf gestürzt. Es ist nicht nur für unsere Unparteilichkeit, sondern auch für unsere geschichtliche Kenntnis ein höchst trauriges Zeichen, daß ein Buch wie „J'accuse" derart konsumiert worden ist. Ich erkläre hier als Historiker, daß wenn man irgendwo die plumpsten Fehlgriffe geschichtlicher Methode gehäuft beieinander haben will, man nur zu eben diesem „J'accuse" zu greifen braucht.[1])

Und wenn es sich um das Urteil über diejenige Publizistik handelte, die von den Gelehrten ausging, so kamen wiederum die deutschen Gelehrten weitaus am schlechtesten weg. „Je gelehrter, desto rabiater", sagt Spitteler mit Bezug auf Deutschland, und Bovet spricht von den Gelehrten als den Hauptsündern. Nirgends sei ihr Absolutismus so scharf ausgesprochen wie in Deutschland. Die Ueberzeugung von der germanischen Ueberlegenheit habe sich bis zur naiven Brutalität gesteigert. Doch allmählich, fährt er weiter, mehren sich die Beweise, daß nicht alle so denken und fühlen. „Nur dies ermögliche es uns mitten im stinkenden Gift der Chlordämpfe noch an einen deutschen Himmel zu glauben."

Angesichts solcher Entstellungen der Sachlage verpflichtet einfach schon die Gerechtigkeit hervorzuheben, daß die französische und zum Teil auch die englische Presse und Publizistik in ihrem Ton schroffer und maßloser waren, und die Dinge, soweit es sich um ge-

[1]) Alle Welt sprach bei uns von „J'accuse". Mir ist nicht ein Schweizer Historiker in Erinnerung, der sich zur Pflicht gemacht hätte, unserem Publikum zu sagen: „Und wenn Deutschland hundertmal diesen Krieg heraufbeschworen haben sollte, dies Buch muß meine Wissenschaft verurteilen!" Es kam dann ein ernstes, fast durchweg ruhiges, wissenschaftliches Buch über „Deutschland und der Weltkrieg" von einer Anzahl deutscher Historiker. Man verwirft es? Das wollten wir hingehen lassen, man kann ja anderer Ansicht über die Entstehung des Krieges sein. Aber Nein, man liest es gar nicht, man beachtet es nicht, kein Mensch spricht davon.

schichtliche Tatsachen handelte, stärker verzerrten als die deutsche. Ich will hier nicht versuchen, das zu erklären, will es nur feststellen. Ich habe während 8—9 Monaten dieses Krieges täglich 10—12 Zeitungen aus beiden Lagern in den Händen gehabt, mehrere hundert Broschüren und Zeitschriftenaufsätze gelesen, und gründe darauf mein Urteil.

Soviel über unsere Stellung zur ausländischen Aufklärungsliteratur. Von ihr nun zur Sache selbst. Entspricht es der Wahrheit und der Gerechtigkeit, wenn auch wir einlenken in die gewaltige geistige Front, mit der Deutschland nun umkreist wird?

Was wirft man denn dem Deutschen vor, was macht es, daß alles von ihm abrückt, wie es im Verlauf der europäischen Geschichte kaum je einem Volke gegenüber geschehen ist? Ich mache mich nicht anheischig, dem hier auf den Grund zu gehen; aber ein wesentliches Moment ist: Die Expansion. Die Entfaltung des Deutschen in seinem mehr privaten Wirken, wirtschaftlich und geistig, und die Entfaltung des deutschen Staates sowohl gegen die andern Staaten als auch gegen seine eigenen Bürger. Der Imperialismus des deutschen Staates und der Einzelnen. Das Streben nach Herrschaft und Eroberung. Und dann der Grad und die Formen dieser Entfaltung: agressiv, herausfordernd, robust, großmäulig usw. Beim Staat speziell (nach innen und außen) brutal, das freie Leben erdrückend, militaristisch. Daraus entstand eine abwehrende Stellung zur deutschen Kultur und Geistesart, zur deutschen Wirtschaftspraxis und -politik, zur deutschen Innenpolitik und Außenpolitik. Nach allen vier Richtungen bezog man Stellung Deutschland gegenüber.

Was die Beurteilung deutscher geistiger Kultur anbelangt, so wollen wir darüber kein Wort verlieren, nur uns gegenwärtig halten: Was jene trifft, trifft auch uns, denn ob wir wollen oder nicht, wir sind in unserer geistigen Kultur Deutsche. Die Stimmen mehren sich aber bei uns, die ein „unsentimentales Abrücken von unserer Kulturgemeinschaft“ mit Deutschland fordern. Man erachtet das vor allem im Interesse unserer nationalen Einheit für nötig. Diese Forderung ist die Kehrseite jener andern Bestrebungen, die unsere verschiedensprachigen Landesteile auf national-pädagogischem Wege geistig-kulturell zusammenschließen wollen. So wenig

ich diesem Zusammenschluß wirklich konstruktive Bedeutung für die Festigung unserer Staatsnation zuerkennen kann, so wenig kann ich nun unserer Kulturgemeinschaft mit Deutschland eine destruktive Wirkung zuschreiben, außer bei denjenigen, die eben nicht so kräftig staatlich orientiert sind, wie es die Natur unseres Landes verlangt. Wir sind nun einmal ethnisch und sprachlich ein Zweig am deutschen Stamm. Gewiß ein Zweig von stark ausgeprägter Eigenart — es ist unsinnig von einer freiwilligen Unterjochung unter deutsche Art und Sitte zu sprechen (C. A. Loosli) —; in ihr liegt unser Eigenwert, aber jene Eigenart lebt — so paradox es klingen mag — vom lebendigen Zusammenhang mit dem Gesamtboden *deutschen* Volks- und Kulturdaseins. Wir können ihn uns nicht lockern und zerstören lassen, ohne zu verarmen und zu verflachen. So viel an Horizont und Weite des Geistes ersteht uns nur aus diesem Zusammenhang, so viel an Enge und Beschränktheit des Blickes ist die Frucht der geistigen Isolierung und Lokalisierung.[1]) Es ist *auch* eine vaterländische Pflicht, wenn auch keine direkt staatsbürgerliche, für die Erhaltung dieser schweizerisch-deutschen Beziehungen einzutreten. Den Schaden würde auch hier der Kleinere, d. h. wir, davontragen. Man hat die Losung: größere Distanz von Deutschland! auch drüben im Reiche gehört. Nicht mit Freuden. Und es könnte sich als Irrtum herausstellen, wenn man bei uns glaubt, der „wildgewordene Freund“ schicke sich jetzt während des Krieges leichten Herzens in all das, was er von unserer Seite hören muß, um nach dem Krieg wieder ohne weiteres den „gesamten frühern schönen, traulichen, unbefangenen Geistesverkehr“ mit uns aufzunehmen. Manchmal grenzt es an Leichtfertigkeit, wie man darauf aus ist, die guten Beziehungen zu unsern Nachbarn zu zerstören. In einem großen deutsch-schweizerischen Blatt wurde kürzlich behauptet, es stehe fest, daß die Welt (und natürlich auch die Schweiz) allem, was aus deutschen Landen komme, feindselig gegenüber stehen werde, bis in Belgien jene „ewigen Rechte“ rc. wieder hergestellt seien. So will man es uns Deutschschweizern zur patriotischen Pflicht machen, geistige Barrikaden gegen Deutschland zu bauen.

[1]) Das sage ich, der ich der Kulturseligkeit wahrhaftig nicht fröne.

Ganz in der Nähe solcher Forderungen stehen dann übrigens unlogischerweise die Vorwürfe an die kriegführenden Völker, daß in ihnen der übertriebene Nationalismus die Stimme der Kulturgemeinschaft überschreie, und wohnt jene Hoffnung, daß die Schweiz besonders geeignet sein werde, die zerstörten Kulturbeziehungen der Völker einst wieder zu knüpfen.

Besonders lebhaft predigt man dann die Abwehrstellung gegen Deutschland in *wirtschaftlicher* Beziehung. Ein siegreiches Deutschland — schon jetzt unserer Industrie äußerst gefährlich — werde uns schließlich wirtschaftlich erdrücken. Auf diesem Gebiet ist es dann vor allem, wo man über die rücksichtslosen oder chikanösen Mittel der deutschen Konkurrenz klagt. Es kann mir nicht einfallen, hier diesem Problem auf den Grund zu gehen, und ich beschränke mich auf ein paar Bemerkungen. Wenn der deutsche Kaufmann weniger vornehm und koulant als z. B. der englische auftritt — ich muß glauben, daß etwas daran ist — so liegt die Erklärung wenigstens bis zu einem gewissen Grad in einer handelsgeschichtlichen Ueberlegung: Wirtschaftsvölker sind in ihrer Jugendperiode, wo sie meist in schon okkupiertem Terrain sich durchsetzen müssen, immer weit entfernt von den vornehmeren Methoden, deren sie sich bedienen, wenn sie älter und bequemer geworden sind. In so verschiedenen Perioden drin aber stehen heute z. B. Deutsche und Engländer. Man weiß, in welchen Formen der transozeanische Handel der Engländer seinerzeit im 16. Jahrhundert eingesetzt hat. Dann aber wird das Urteil über Handel und Gewerbe Deutschlands heute immer noch stark bestimmt durch die Eindrücke vom Ende des 19. Jahrhunderts, wo die billige Massenware dem deutschen Absatz eine bestimmende Signatur verlieh. Ferner aber liegt den erwähnten Urteilen oft die Meinung zu Grunde, als könnte irgendeinmal ein Zustand kommen, wo wir in Ruhe und ohne große Konkurrenz unsere Märkte pflegen könnten. Es gab aber doch immer gewisse Zweige unserer Wirtschaft, die in besonderem Maße im Feuer der Konkurrenz standen, und es gab immer irgend eine fremde Wirtschaftsmacht, die uns besonders gefährlich war. Ist es heute Deutschland, so liegt es an unseren Köpfen und Kräften und an unserer Wirtschaftspolitik, sich zurechtzufinden. Das wird ihr sowieso nie

erspart bleiben. Und glaubt man nun wirklich, wenn das benachbarte 70-Millionenreich zu Boden geschlagen wird und für lange Zeit 3/4 der Welt ihm feindlich oder mißtrauisch Schranken setzen, wir würden uns seiner Waren und Menschen — welch letztere es wieder wie früher in verstärktem Maße an fremden Strand werfen muß — leichter zu erwehren haben? Man könnte eher sagen, daß eine deutsche Niederlage die deutschen Kräfte in stärkerem Maße über unsere Grenze drängen wird, namentlich auch, was die Bevölkerung selbst anbetrifft. Ein niedergeworfenes Deutschland, dem draußen in der Welt wirtschaftliche Fesseln um die Füße gelegt werden, wird seine 70 Millionen zu Hause nicht mehr ernähren können. Die deutsche Auswanderung hat in den letzten 30 Jahren in dem Maße abgenommen als seine wirtschaftliche Blüte zunahm. Sie ist in dieser Zeit stetig von rund 200,000 auf rund 20,000 gesunken. Eine neue wirtschaftliche Einschnürung wird sie nur wieder ansteigen lassen. Und mit einer drohenden Zunahme deutscher Einwanderung wird, wie gesagt, kaum ein Rückgang der deutschen Ausfuhr speziell in unser Land verbunden sein.

Jedenfalls ist mir noch nicht bewiesen, daß im Falle eines deutschen Sieges unsere wirtschaftliche Lage schlimmer wird. Und selbst wenn sie es würde, ich kann nicht zugeben, daß man die wirtschaftliche Konkurrenzstellung benutzt um eine geistige Antipathiestellung daraus zu schaffen. Es verlangt niemand von unserer künftigen Wirtschaftspolitik Sentimentalität, aber die aus ihr entspringenden Kämpfe sollen meines Erachtens die Seele nicht berühren. Wir Forscher z. B. haben uns in unsern wissenschaftlichen Kämpfen auch zu diesem Standpunkt zu bekennen. Wenn ein deutscher Sieg an sich für einmal ungünstige Folgen für unser Wirtschaftsleben mit sich brächte, ist es nun wirklich von N u t z e n, uns in Deutschlands künftiger Wirtschaftspolitik zum vorneherein psychologische Gegengewichte zu schaffen?

Der Ausgang des Krieges steht außerhalb unserer Macht. Wir haben seine Entscheidung und seine wirtschaftlichen Folgen deshalb als ein Schicksal hinzunehmen und uns nach Maßgabe unserer Tüchtigkeit damit abzufinden, aber nicht aus wirtschaftlichen Gegensätzen geistige Wälle gegen Deutschland hin aufzuwerfen.

Und nun unsere Stellung zur inneren Politik Deutschlands. Rappard meint, man könne beinahe wissenschaftlich feststellen, daß es im Interesse unseres Landes liege, daß Frankreich durch den gegenwärtigen Krieg gestärkt werde (d. h. also siege), denn unser Land verlange die möglichste Stärkung des demokratisch-liberal-pazifistischen Gedankens (wobei er auch an die äußere Politik denkt). Rappard ist lange nicht der einzige, der so denkt. Vielmehr brandet liberales und radikaldemokratisches Denken, wie ein gewaltiges Meer hoch und schäumend an Deutschland-Preußen empor. Derartige Hochflut kennen wir auch aus früherer Zeit. Ich erinnere an die 30er und an die ersten 60er Jahre. Aber sie ergriff nie in dem Maße eine ganze Welt. Und andrerseits ist sie nie so oberflächlich gewesen. Die geistigen Ideen jener Perioden rissen (in Deutschland selbst) Massen mit, die selbst für sich um Demokratie und Liberalismus kämpften. Was wir heute aber erleben, ist zum großen Teil ein eitel leeres und gedankenloses Schlagwörterregiment, eine Autoritätsherrschaft doktrinärer Ideologie, dreimal ärger als irgend eine Staatsautorität. Mit einem bißchen ad hoc zusammengerafftem Wissen oder auch einfach hohlem Nachschwatzen spricht man jetzt letzte Werturteile aus über die kompliziertesten Staats- und Rechtsverhältnisse. Der Mangel an geschichtlicher und staatsrechtlicher Bildung, der jetzt so stark sich offenbart, gehört zu den mancherlei traurigen Zeichen dieser Zeit.

Dies Urteil müßte zu Recht bestehen, auch wenn die staatsbürgerlichen Zustände in Deutschland so hassenswert wären, wie es jetzt vielfach dargestellt wird. Es ist natürlich hier ganz unmöglich, einmal eine gerechtere Beurteilungsmethode und die wahre Sachlage selbst aufzuzeigen.[1]) Aber einiges soll doch angemerkt werden. Vor allem einmal der rationalistische Doktrinarismus, der auch hier unser Denken durchsetzt. Man will alles in ein monotones staatspolitisches und staatstheoretisches Weltanschauungslager pressen (dessen geschichtliche Herkunft wir bereits kennen lernten, als wir von Denkströmungen ähnlicher Art im Verhältnis zu unserem eigenen Staat redeten). Man geht souverän über die Tatsache hinweg, daß die Völker und Staaten geschichtliche Eigenpersönlich-

[1]) Ich gedenke hierüber mich gelegentlich ausführlicher zu äußern.

keiten sind, die sich auf besonderer, individueller Bahn entwickeln müssen.

Der innerpolitische Entwicklungsgang eines Volkes ist z. B. nicht unabhängig von seiner außenpolitischen Lage, ein Gedanke, für den wir in der Schweiz natürlich besonders wenig Verständnis mitbringen, der aber deshalb doch zu Recht besteht, wenn wir auch dem Satze nicht direkt zustimmen wollen, die innere Politik sei eine bloße Funktion der auswärtigen Politik. Jedenfalls sollte die Tatsache doch schon zu den elementarsten geschichtlichen Einsichten gehören, daß die politisch-geographische Lage eines Staates bis zu einem hohen Grade seine innere Struktur und Verfassung bestimmt. Es gibt politisch-geographische Gebietslagen, die eine l o c k e r e Staatsstruktur zulassen, andere, die eine s t r a f f e Zusammenfassung der Staatsgewalt verlangen. Staaten mit einem ozeanischen Sicherungsgürtel wie England und die nordamerikanische Union können ohne Gefahr demokratischer organisiert sein als ein Staat wie Deutschland, der wohl an der gefährdetsten Stelle im internationalen politischen Spannungsfeld steht und dem nie aussetzenden Außendruck gemäß seine Staatsorganisation gestalten muß. Man stelle in diesen Gebietsraum hinein ein locker organisiertes Staatsvolk, und es wird sofort eine Entwicklung einsetzen in der Richtung auf stärkere Konzentrierung und Verselbständigung der Staatsgewalt.

Selbst zugegeben aber, das demokratisch-liberale Rezept sei wirklich das alleinseligmachende und aller weltgeschichtlichen Entwicklung letztlich vorschwebende — ich kann dabei übrigens das dilettantische Zusammenwerfen und Vermengen der demokratischen und liberalen Bestandteile schon nicht unbeanstandet lassen —, so wollen wir doch nicht übersehen, daß dieses formelle Ideal nicht einziger und letzter Wert des Volks- und Staatsdaseins ist. Es kommt nicht n u r darauf an, daß jedes einzelne Glied des Volkes möglichst großen und gleichen Anteil an der aktiven Bildung des Staatswillens und möglichst kleine passive Duldung des Staatswillens zugeteilt erhalte, sondern der Staat soll auch etwas Vollkommenes leisten. Es steht nirgends geschrieben, daß die Verfassungsstruktur eines Staates in erster und ausschlaggebender Linie individualistischen Doktrinen (dazu noch einer früheren geistigen

Epoche) entsprechen muß, sie muß auch den in bestimmter Zeit- und Ortslage gegebenen staatlichen Aufgaben entsprechen. Ich gebe nun kein Urteil darüber ab, ob Deutschland seine konkreten Aufgaben nicht auch mit noch größerer demokratischer Organisation durchführen könnte — stillestehn wird seine innerpolitische Entwicklung gewiß nicht. Ueberlassen wir es dem Deutschen selbst, Weg und Tempo zu bestimmen! Aber was die tatsächliche Zweckmäßigkeit der deutschen Staatsorganisation im Hinblick auf die Staatsaufgaben anlangt, so ist doch Folgendes auch nicht zu verachten: Mag der einzelne Deutsche formell weniger Einfluß haben auf die Staatstätigkeit als der einzelne Schweizer oder Franzose; auf eines kann er sich doch verlassen: mit dem, was er seinem Lande opfert (an Steuern usw.) arbeitet sein Staat mit einer beispiellosen Zuverlässigkeit und Sauberkeit. Sagt man also, der Deutsche sei einer autoritären Staatsverwaltung unterstellt, so muß man auch sagen, daß es sich um eine beispiellos zuverlässige Staatsverwaltung handelt. Ich zweifle, ob es einen Staat der Welt gibt, in dem die Leistungen der einzelnen Staatsbürger wirklich so voll in die dafür bestimmten staatlichen Zwecke eingehen.

Gewiß haben in Preußen Klassenunterschiede staatsrechtlich eine Bedeutung, die sie bei uns nicht mehr haben, aber sind deshalb wir gesetzlichen Demokraten auch von Mensch zu Mensch Demokraten? So lange bei uns noch Hochmut und Verachtung des Vornehmen gegenüber dem schlichten Manne in üppigster Blüte stehen, humanitär dem demokratischen Ideal tausendfach ins Gesicht geschlagen wird, da kann ich für das ewige Besingen unserer juristischen Demokratie eine reine Freude nicht aufbringen. Solange das ausgeebnete Verfassungsterrain unseres Landes von tiefsten gesinnungsmäßigen Klüften, namentlich zwischen Vornehm und Gering, Arm und Reich, zerissen wird, solange Staat und Verwaltung nicht so fest und stark geworden sind, daß sie sich in Einzelfällen in praxi nicht mehr beugen vor illegitimen persönlichen und gesellschaftlichen Unterschieden, solange kann ich auch nicht laut und fröhlich unsere Demokratie verkünden und nicht verstehen, wenn man ein Volk wie das deutsche um seines Staates willen bemitleidet.

Und was das sittliche Verantwortlichkeitsbewußtsein anbetrifft — man glaube ja nicht, daß das staatliche Leben, weil es rechtlich normiert und geregelt ist, zu seiner saubern Abwicklung nur des Rechtszwanges und nicht auch sittlicher Mächte bedürfte — ich sage, was das sittliche Verantwortlichkeitsbewußtsein der Regierenden anbetrifft, so habe ich den ehrlichen Zweifel, ob es an der Spitze irgend einer andern europäischen Großmacht so entwickelt ist, wie bei den Leitern des deutschen Reiches, beim Kaiser und seinem gegenwärtigen Kanzler.

Und ähnliches gilt, glaube ich, auch für die Außenpolitik. Jedoch eben hier ist weithin übereinstimmende Meinung, daß die deutsche Außenpolitik von besonderer Art sei, besonders aggressiv, hegemonistisch gesinnt, eroberungslustig, militaristisch.

Das Urteil unserer Publizistik stellt sich schon merkbar verschieden zu den Aeußerungen der einzelnen kriegführenden Völker über die Kriegsziele, speziell über eventuelle Annexionen. Es gibt bei uns Stellen, wo mit Gewissenhaftigkeit jede deutsche Stimme, die in dieser Richtung sich äußert, registriert wird, während von einer ähnlichen Aufmerksamkeit gegenüber Aeußerungen aus dem Lager der Westmächte keine Rede ist. Was hat man bei uns in gewissen Kreisen für Aufsehens gemacht, als der König von Bayern einmal in bezug auf die Kriegsziele etwas aus der Reserve trat! Hand aufs Herz: War die Annexions- und Zertrümmerungspublizistik der Entente im ersten Kriegsjahr nicht zehn Mal größer als die der Mittelmächte? Warum sagt man das dem Publikum nicht, wenn man sich herausnimmt, Deutschland in dieser Richtung zu kontrollieren? Hofft man vielleicht bei uns möglicherweise noch ein Mandat dafür zu bekommen, Deutschland dahin zu überwachen, daß es am Schlusse des Krieges nichts annektiert. Machen wir uns doch nicht lächerlich! Die Machtverschiebungen, die der Krieg herbeiführen wird, werden wahrscheinlich ohne die geringste Beeinflussung von unserer Seite vor sich gehen. Daß eine Machtsteigerung Deutschlands eine politische Gefahr für unser Land bedeutet, ist vorläufig ein Dogma, das durch die Zahl seiner Gläubigen an Stichhaltigkeit nicht gewinnt. Auf jeden Fall sind die Unkenrufe unserer Unverantwortlichen kein Zeichen politischer Klugheit,

und vorläufig liegt die Sache so, daß wir uns während dieses Krieges Deutschland gegenüber in eine Sicherheit wiegen können, die nicht zu übertreffen ist. Daß der Ausgang dieses Krieges für den Sieger die Gefahr der Ueberhebung bietet, ist selbstverständlich — und ernste Deutsche haben das selbst ausgesprochen —, aber das geistig und politisch verantwortliche Deutschland war schon vor dem Krieg nicht mit vereinzelten Maulhelden zu verwechseln und wird auch durch Kampf und Sieg sich gewiß nicht auf ihre Seite schlagen. Man kann nie genug betonen, einen wie kleinen Ausschnitt aus dem Ganzen diejenigen deutschen Aeußerungen ausmachen, die bei uns beunruhigen und die von der und jener Seite, von dem oder jenem Blatte allerdings mit einer gewissen Vorliebe immer wieder tief gehängt werden.

Was den Vorwurf des militaristischen Imperialismus Deutschland gegenüber anbetrifft, so wollen wir hier keine eingehende Vergleichung mit den andern Mächten anstellen, aber da nun einmal so viel Unsinniges gesagt wurde, da uns z. B. gerade jetzt die Gedanken des Schweizers Spitteler und des Amerikaners S. H. Church gemeinsam ins Haus geschickt werden und letzterer uns gruseln macht mit dem Volk, das Mord und Hölle für die Menschheit seit 25 Jahren vorbereitet habe, mit den verächtlichen Majestäten, die sich in Zukunft etwa noch erkühnen sollten, Weltreiche auf den Leichen armer Arbeiter und einfacher Bauern zu errichten, so muß doch bei allem Bekenntnis, daß mir auch vieles nicht gefällt, was in Deutschland geschrieben wird, wenigstens deutlich in Erinnerung gerufen werden, daß $^1/_4$ der Erdoberfläche englisch, $^1/_6$ russisch, $^1/_{16}$ französisch, jedoch nur $^1/_{40}$ deutsch ist und Oesterreich gar keine Kolonien besitzt, daß ferner Englands Weltreich außerhalb Europas 400 Millionen Menschen zählt, diejenigen Rußlands und Frankreichs je rund 50 Millionen, dasjenige Deutschlands aber 13 Millionen, daß England und Frankreich im letzten Menschenalter des 19. Jahrhunderts nahezu 10 Mal mehr zusammenerobert haben als Deutschland und Oesterreich. Und wer die Militärausgaben der beiden Kriegslager (für Landheer und Flotte) auf den Kopf der mutterländischen Bevölkerung vor dem Kriege ausrechnet, der wird für die Entente etwa auf das Doppelte kommen wie für die Mittelmächte. Und

endlich, wenn wir auf den Kriegslärm horchen, der bald da, bald dort im letzten Menschenalter in der Welt erscholl, war er deutsch und österreichisch? Oder war er nicht vielmehr englisch, russisch, japanisch, italienisch und französisch? Es ist unnötig, die Antwort ausdrücklich zu geben.

Das sind bloß ein paar Daten, und auch das Folgende will nur einiges Nächstliegende betonen.

In wie vielen Köpfen sind die Kenntnisse der zeitgenössischen Weltgeschichte auch bei uns in die Formel gebracht: England der Hüter des europäischen Gleichgewichtes, Deutschland die Verkörperung des Hegemoniestrebens, wobei uns dann natürlich oft die Sympathie mit dem Gleichgewichtsgedanken förmlich zur patriotischen Pflicht gemacht wird. Aber wie viele kennen den Sinn der englischen Gleichgewichtspolitik? Die ein Ding ganz besonderer Art ist. Nicht etwa sich gleichmäßig und durchgehend über das Weltstaatensystem erstreckt, sondern nur über einen Teil desselben, nämlich die Machtsphäre der europäischen Kontinentalstaaten. Und weshalb? Damit die Kräfte dieser Mächte sich gegenseitig binden und paralysieren, also nicht in den andern Teil der Welt hinauswachsen können, den Teil der Welt nämlich, den der englische Imperialismus sich reserviert hat. Einen mehr oder weniger großen Zusatz eigener englischer Macht (namentlich auch in Form von Subsidien) mußte England zwar immer in kritischen Zeiten dargeben, wenn die kontinentalen Gegengewichte gegen die jeweils eben vorstrebende Macht nicht ausreichten.

Imperialisten sind sie alle, die Deutschen, Franzosen, Italiener, Russen mit den Engländern. Aber der englische Imperialismus ist besonderer Art; er ist zwar nicht absoluter, aber doch relativer universalistischer Imperialismus. Er ist es durch jenes eigenartige, England selbst nicht oder nur zum Teil einschließende Gleichgewichtssystem. Englands Machtbereich liegt nicht koordiniert neben jedem einzelnen der andern Imperialismen, sondern neben den andern als Einheit zusammengenommen. Zur Einheit und zwar zur geschlossenen, d. h. ihre Glieder bindenden, also die universale englische Immunität nicht störenden Einheit macht sie die englische Politik der balance of power. D i e s e s Gleichgewicht ist es, dem offizielle und nicht

offizielle Stimmen Deutschlands das Prinzip der Koordinierung und freien, individuellen Entwicklung der einzelnen (größeren und kleineren) Imperialismen entgegenstellen. Gewiß, das führt zu einer politischen Umschichtung innerhalb des Weltstaatensystems, zu einer Bedrohung der Ausnahmestellung Englands, welch letztere das freie, ungehemmte Erfließen des Lebens anderer Völker über die Welt hin nicht zuließ. Es sind die Höhepunkte der diplomatischen und militärischen Macht Englands, wo es nacheinander sein politisches System gegenüber den andern Mächten Westeuropas durchsetzte, gegenüber Spanien, gegenüber Holland, gegenüber Frankreich. Um die letzte Jahrhundertwende war es England deutlich geworden, daß es sich diesmal um Deutschland handelte. Die Zusammenballung ökonomischer Energie, die einst beim Uebergang zum Hochmittelalter von einer osteuropäisch-vorderasiatischen Zone nach der mitteleuropäischen Zone, beim Uebergang vom Mittelalter zur Neuzeit von Mitteleuropa nach Westeuropa sich verschoben hatte, begann, nachdem sie sich der Reihe nach auf jedes der westeuropäischen Länder, zuletzt auf die englische Insel gelagert hatte, wiederum nach dem (politisch neuorganisierten) Mitteleuropa zurückzukehren. Daraus entsprang die englisch-deutsche Interessenkollision. Sie trat um die Jahrhundertwende ins allgemeine politische Bewußtsein und führte in schnellem Tempo zu den beiden in Dimension und Masse ungeheuersten Vorgängen der politischen Geschichte Europas, der diplomatischen Umgruppierung der Weltmächte nach 1900 und dem militärischen Zusammenstoß von heute.

Alle Welt beschäftigt sich mit der Frage nach der Urheberschaft in diesem Kriege. Es kann mir nicht einfallen, diese Frage hier eingehend ins Auge zu fassen. Aber ich kann doch nicht unterlassen, zu betonen, daß die Beantwortung wesentlich abhängt von der Frage, wer der Urheber jener vorausgegangenen diplomatischen Aktion gewesen ist. War jene diplomatische Aktion auch nicht zu dem Ende ins Werk gesetzt worden, um die Welt in Brand zu setzen, so hat sie doch wesentlich zu diesem Brand geführt. Worin bestand sie aber? Auf welcher Seite ging sie vor sich? Wer war es, der die politische Mächtekonstellation, mit der das 19. Jahrhundert geendet umorganisierte? Etwa Deutschland, um jenen Widerstreit mit England zu seinen Gunsten auszufechten, oder umgekehrt England?

Der Vorgang bestand, summarisch formuliert, darin, daß die zwei großen Weltgegnerschaften der Zeit vor 1900, die englisch-russische und englisch-französische in eine große politische Gemeinschaft sich verwandelten, daß die weitgreifenden Expansionstendenzen des russischen und des französischen Imperialismus vom asiatischen und afrikanischen Osten, wo sie auf vitale Stellungen des englischen Imperialismus gestoßen waren, von der englischen Politik (und dem eigenen französischen und russischen Interesse) zurückgelenkt wurden an diejenigen Stellen, wo sie hauptsächlich auf ihren gemeinsamen europäischen Festlandgegner trafen, auf eben die Macht, in der England seit ein paar Jahren den eigentlichen Weltgegner sah. Das gewaltige Phänomen des Rückflusses der politischen Energie und Erstrahlungstendenz der europäischen Ostmacht und Westmacht unter der Führung der europäischen Inselmacht, mußte den politischen Brandherden in und um Europa neue Nahrung zuführen. Mag die publizistische Taktik der Entente das alles als harmlos hinstellen, so kann doch kein Zweifel sein, daß bis zu diesem Kriege hin namentlich die englische Politik sich des Gelingens der deutschen Einkreisung, von der wir soeben nur den Kern bloßlegten, als eines diplomatischen Meisterstückes bewußt war.

Wer diese Ereignisse des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts nicht in ihrer vollen Größe und Bedeutung sich gegenwärtig hält und nicht sieht, wie durch jenes Zusammenrücken der Engländer, Franzosen und Russen in eine Front gegen Deutschland die politischen Krisenfelder in den Flanken des letzteren in steigende Unruhe gerieten, der wird nie richtig bewerten können, welche Partei die entscheidende Verschärfung der Gegensätze hauptsächlich herbeigeführt hat. Ich kann hier auf all das nicht eingehen, mußte auch im ganzen nur wiederholen, was ich an anderer Stelle schon ausgeführt habe, wenn sich heute auch manche neue Einsicht daran anschließen ließe.

Unsere Stellung zur großen Politik überhaupt. Geschichtliches Denken.

Die Haltung, die ein ansehnlicher Teil namentlich der literarischen Intelligenz unseres Landes der gegenwärtigen Weltkrisis gegenüber beobachtet und die unter den obwaltenden Umständen vielfach so stark zu ungunsten Deutschlands ausfällt, ist nun aber getragen von einer allgemeinen Strömung, die in weitem Maße das geschichtliche und politische Denken in der Schweiz beherrscht. Indem wir sie hier mit ein paar Strichen zu charakterisieren versuchen, treffen wir auf geistige Elemente, die uns auch oben schon ins Auge gefallen sind.

Es geht uns einmal das Verständnis für die auswärtige Politik der Staaten und Völker in hohem Maße ab.[1]) Wir erkennen der nach innen gerichteten Seite des Staatslebens einen Wert, auch einen sittlichen Wert zu; die nach außen gerichtete ist uns in ihrem wahren Charakter etwas außerordentlich Fremdes. Auch die Darstellungen der älteren, mit starkem auswärtigem Pulsschlag erfüllten Perioden unserer eigenen Geschichte sind vielfach in eine Stimmung und Farbe getaucht, die sich von geschichtlichem Realismus stark entfernt. Man spürt in dieser Richtung den modernen Schilderern der alten Schweizergeschichte den politisch-geistigen Habitus ihrer eigenen Art deutlich an.

Es sind so viele unter uns zwar bereit, den Staat nach der einen, der inneren Seite anzuerkennen, glauben ihn aber nach der auswärtigen Seite verneinen zu müssen. Sie spalten die staatlichen und nationalen Lebenskörper künstlich in zwei Hälften, eine nach außen und eine nach innen gerichtete, derart, daß sie glauben, man könnte

[1]) Ich rede jetzt ausdrücklich nur vom Verständnis, das schließlich, wenn man überhaupt einmal über diese Dinge urteilen will, vorhanden sein muß, selbst wenn man nach Welt- und Lebensauffassung sich zur großen Politik negativ stellt!

die eine wohl amputieren, ohne die Lebenskraft der andern groß zu reduzieren. Es fehlt das Verständnis für die organische Einheit des Außen- und Innenlebens großer Völker.

Zum Teil hängt allerdings die abweisende, erschrockene Gebärde, mit der wir der in Brand gesetzten Welt gegenüberstehen, einfach zusammen mit einem bis in alle gebildeten Kreise hinaufgreifenden Mangel an geschichtlicher Bildung. Wie vielen drängt sich dieser Krieg in seiner ungeheuren, erschütternden Größe fast als isoliertes Phänomen an die Sinne! Sie sehen zu wenig, daß er in gleich ungeheuren geschichtlichen Entwicklungen nur ein Glied ist. Der Geschichtsunterricht unserer Universitäten und Schulen hat nichts oder wenig dazu beigetragen, uns die Kenntnis der neuesten Geschichte zu vermitteln. Wir haben oben schon unsere Kritik daran geübt, daß der schweizergeschichtliche Unterricht in der Regel in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stecken bleibt. Dasselbe ist auch der Fall mit dem Unterricht in allgemeiner Geschichte.

Wer gab uns da einen Einblick in die mit den 70er Jahren anbrechende Zeit, wo die neu konsolidierten Staatspersönlichkeiten sich mit neuem Leben spannten, wo das Leben jedes größern Staates in mächtiger Steigerung nach außen und innen erstrahlte, vor allem mit elementarer Stoßkraft über die Welt hinflutete, sich außerhalb der Grenzen an tausend Stellen und in tausend Formen verankerte, einen Körper gewann, für den das geographische Gebiet des Mutterlandes nicht mehr die Umgrenzung, nur noch der Standort und Quellpunkt war, eine Zeit, wo die auswärtigen Aktionszonen der Völker in ihrem Hinwachsen über Land und Meere sich stießen, rieben, durchkreuzten, und so immer neue Brandherde erzeugten, die namentlich auf der Linie des historischen Aequators sich wie ein nie mehr ganz erlöschender Feuerring um unsern Erdball legten. Die Wucht dieser Entwicklung blieb uns auch darum noch verschlossen, weil es bei uns noch unendlich viel Leute gibt, die meinen, das Zeitalter des modernen Imperialismus sei im Grund das bloße Produkt der Kabinette, von den Staatsvölkern selbst in geringem Grade mitbewirkt und miterlebt. Nun setzt ja der moderne Imperialismus in demselben Augenblick ein, wo in den meisten europäischen Staaten die Völker selbst als Motoren in den Staatsgehäusen sich einge-

richtet hatten. Falls man aber wirklich tiefer sieht und erkennt, daß die Völker selbst bewegende Macht und Kraft auch des auswärtigen Staatslebens geworden sind, da läßt man sich betören von dem Märchen, es sei eben das reaktionäre, undemokratische Deutschland, das die andern aus ihrem Pazifismus herausgerissen habe.

Wir haben oben unter den zünftigen Historikern unseres Landes nach den Forschern gesucht, die unsere innere Geschichte seit 1848 bearbeiten, und haben keinen gefunden. Wollten wir jetzt unter der schweizerischen Geschichtsliteratur denjenigen Teil herauslesen, der sich mit der allgemeinen außerschweizerischen Geschichte des letzten Halbjahrhunderts beschäftigte, unsere Anstrengungen wären gleich vergeblich. Ich kenne keine nationale Historiographie innerhalb der in Betracht fallenden Kulturländer, die in dieser Richtung so versagte wie die unsrige. Wenn man die allgemeine Bedeutung der Geschichtsforschung eines Landes daran mißt, in welchem Maße sie über die eigene Partikulargeschichte hinaus die allgemeine fördert oder an ihrem lokalen Quellenstoff Probleme allgemeiner Bedeutung bearbeitet, so können wir, im besondern soweit die neueste Geschichte in Betracht kommt, auf unsere zeitgenössische historische Wirksamkeit nicht stolz sein.

Aber der Rückständigkeit historischen Wissens entstammt gewiß nicht allein die Schranke unseres historischen und politischen Verständnisses. Verständnis ersteht nicht allein aus Wissen, sondern vor allem auch aus Erleben. Erlebt aber haben wir eben auswärtige Schicksale (der Politik i. a. S.) seit langem nicht mehr. Unsere auswärtige Politik ist auf ein Minimum zusammengeschrumpft, und so ist auch vielfach unser Verständnis für auswärtige Politik auf die Kategorien der Befreiung und der Verteidigung (des eigentlichen Staatsgebietes) zusammengeschrumpft, Kategorien, in die eine vielfach patriotisch-sentimentale Geschichtsauffassung auch unsere eigene frühere Geschichte allzustark einzwängt.

Aber auch diese Erklärung reicht nicht aus. Es kommt noch eine bestimmte Denkströmung in Betracht. Wir haben schon mehrfach auf Elemente aufmerksam gemacht, die das politische Denken unserer Intellektuellen in besonders starkem Maße bestimmen, Elemente, die in klassischer Weise vor allem den Habitus des Auf-

klärungsdenkens ausmachten. Hier ist nun ein weiteres dieser im 18. Jahrhundert klassisch herrschenden Elemente aufzuweisen: Der Kosmopolitismus. Während die Großmachtvölker Europas im 19. Jahrhundert durch neue mächtige Wellen nationalstaatlicher Gesinnung aus der kosmopolitischen Stimmung hinausgeführt wurden, blieben wir in besonderem Maße in ihr stecken (z. T. natürlich unter dem Einfluß unserer außenpolitischen Passivität). Gewiß hat das kosmopolitisch-pazifistische Denken auch im 19. Jahrhundert neue Quellen erhalten und neue Anstöße erfahren, im Zusammenhang mit der um sich greifenden Weltverkehrs- und Weltwirtschaftsentwicklung, mit der sozialdemokratischen Bewegung und als Reaktionsströmung eben gegen den modernen Nationalismus und Imperialismus. Wenn in kirchlichen Kreisen außerhalb der eigentlichen Sektengruppen starke unnationale, kosmopolitische Stimmungen herrschen, so ist vielleicht auch hier vielfach der naturrechtliche Einschlag bestimmender als der originäre Geist des Christentums selbst. Jedenfalls, neben dem in Vorgängen und Bewegungen des 19. Jahrhunderts fundierten Kosmopolitismus ist der Zusammenhang mit der Aufklärung und dem Naturrecht des 18. Jahrhunderts evident. Nun ist dieser landläufige (gebildete) Kosmopolitismus von heute vielfach von ausgesprochener Flachheit.[1]) Ihm fehlt das, was ihn im 18. Jahrhundert doch in weitem Umfang auf eine gewisse Höhe hob: die philosophische Verankerung.

Ich mache hier auf diese Strömungen nicht aufmerksam, um aus allgemeinen Erwägungen heraus an ihnen Kritik zu üben, sondern um auf ihre Bedeutung, und zwar ihre negative Bedeutung, für die uns hier interessierende nationale Frage und die Beurteilung der großen Zeitereignisse hinzuweisen.

Diese kosmopolitische Auffassung ist nun ferner in unserm politischen Denken verknüpft und zum Teil bedingt durch eine stark utilitaristisch-ökonomische (eigentlich unpolitische) Auffassung und Bewertung der Politik, besonders der auswärtigen Politik. Und wiederum entspringen daraus Hemmungen für die gerechte Beurteilung der Vorgänge um uns und für die fruchtbare Lösung

[1]) Wobei also nicht an den aus religiösen oder sozialistischen Wurzeln fließenden Kosmopolitismus gedacht ist.

unserer eigenen praktischen Probleme. Wir ziehen damit insbesondere das auswärtige Leben der Staaten (in Kampf und Frieden) auf Werte herab, die es nicht erschöpfen und ihm nicht gerecht werden. Auch hier handelt es sich um eine Stufe politischen und geschichtlichen Denkens, die sonst vielerorts in Europa überwunden ist, die allerdings einmal weithin herrschend war, eben wieder im Zeitalter der Aufklärung und des klassischen Liberalismus. Ich erinnere z. B. an die vorherrschend ökonomisch, ja privatwirtschaftlich orientierte Auffassung der Kolonialpolitik in England vor seiner neuesten imperialistischen Epoche. Es stecken in dieser Auffassung unvollkommene Vorstellungen vom Staat, nicht bloß insofern sie unpolitisch sind, sondern auch insofern sie die Staaten nicht als besondere geschichtliche Individualitäten neben den physischen, den Einzelmenschen erfassen. Man sehe sich in dieser Hinsicht einmal Spittelers Rede an, wie dort Wesen und Wert des staatlichen Lebens und Handelns in Kategorien und Bilder aus dem einzelmenschlichen Leben gegossen sind. Was die stark ökonomisch-utilitaristische Denk- und Gesinnungsrichtung anbelangt, so färbt sie gerade bei uns Schweizern in besonderm Maße auf die Beurteilung der politischen Kämpfe ab, weil wir durch kluge, andauernde Ausnutzung der Kriegskonjukturen des 17. und 18. Jahrhunderts in diese geistige Richtung hineingeführt wurden. *Man übersehe die Nachteile unserer langen politischen Neutralitätsgewöhnung nicht! Sie hat unserm Denken und Trachten unstreitig auch eine Verarmung gebracht.* Ein bedauerlicher Geschäftsutilitarismus in der Beurteilung des inneren und äußeren Lebens der Völker hat wesentlich hier eine seiner Wurzeln. Und handelte es sich wenigstens noch um *volks*wirtschaftliche Orientierung, aber es ist vielfach rein *privat*wirtschaftliche, eben weil unser politisch-staatliches Denken in so starkem Maße eintrocknete. Wenn unsere in Wirtschaftspolitik dilettierenden Literaten die schweizerische Industrie in Gefahr erklären, so mögen sie einmal vor allem statt aus den Klagen unserer Kaufleute und Unternehmer geistige Antipathien gegen das Ausland zu münzen, dem einen und andern dieser Unternehmer *volks*wirtschaftliche und vaterländische Gesichtspunkte nahelegen.

Der Geist des Aufklärungszeitalters hat der heutigen Struktur unseres politischen und geschichtlichen Denkens in Verbindung mit dem Kosmopolitismus noch ein anderes Element hinterlassen: einen unhistorischen Nationalismus.

Die Frage, wie die Welt in Zukunft politisch organisiert werden könne, damit die internationalen Reibungen und Kämpfe aufhören, beschäftigt viele unserer Köpfe. Man glaubt vielfach, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, um zu einer dauernden Fixierung der internationalen Verhältnisse zu schreiten. Es war außerordentlich bezeichnend, daß im letzten Winter, als die Kampffronten auf den Kriegsschauplätzen längere Zeit in Stellungslinien erstarrten, vielfach die Hoffnung aufkam, jetzt sei das militärische Gleichgewicht gefunden, es gelte nun nur, es ins politische Gleichgewicht umzusetzen, iuristisch-technisch zu fixieren und — die Weltgeschichte werde in ewigem Friedenszustand stille stehen. Man glaubt an die künstlich-rationale Herstellung einer Harmonie der Mächte, in der die nationalen Egoismen eingeschmolzen wären. Ich will an diese Dinge glauben, aber man weise mir die Kraft auf, mit der man die bestehenden nationalen Kräfte bändigen wird. In konstruktiver Vernunft liegt diese Kraft nun einmal nicht. Ich glaube auch an eine übernationale Welt, aber die ist anderer Art als die mit juristischer Technik zu bauende; sie ist nichts Staatlich-politisches, und doch bildet der Glaube an sie mit dem Leben und der Arbeit im geschichtlichen Staat kein Gegensatzpaar, so gewaltig auch die Pflichtenkollisionen sind, die daraus zeitweise entspringen.

Bei jenen Plänen von einem rationalen Aufbau einer neuen harmonischen Friedens- und Kulturmenschheit denkt man sich nun auch vielfach für die Schweiz eine Rolle aus, die auf Wirklichkeiten und Möglichkeiten nicht eben groß Rücksicht nimmt. Gewiß, wir wollen uns freuen, wenn wir zur Neuknüpfung der Völkerbeziehungen etwas beitragen können, aber man hat angefangen förmlich in Utopien zu schwelgen: Wir müssen die Pioniere eines neuen Europa sein (Bovet). Unser Volk hat jetzt eine Kulturmission, wie sie kaum je einem Volk übertragen wurde (Konrad Falke und Nippold). Wir haben uns in dem in seinem Dasein bedrohten europäischen Kulturkreis mittelpunktartig zu bewähren (C. A. Bernoulli). Die Schweiz

hat den praktischen Beweis erbracht, daß sie geeignet ist, zum Kristallisationspunkt der europäisch-internationalen und dauernden Verständigung zu werden. — Die Schweiz wird allmählich die Vermittlung noch ganz anderer Interessen und Gegensätze zwischen den Großmächten (als die in den internationalen Bureaux in Bern zum Ausdruck kommenden) anbahnen und durchführen. — Wir müssen die Mächte zu dauernder Verständigung und zum Frieden leiten (C. A. Loosli). — Wir müssen die seelischen Güter der Kultur wie ein Heiligtum schützen. Die Schweiz repräsentiert ein Prinzip, das in Zukunft Europa inspirieren wird, wenn es nicht in Barbarei verfallen will. — Und schließlich: die Schweiz wird in der Geschichte das letzte Wort haben.

Ich meine solchen Phantasien gegenüber wäre Bescheidenheit zu predigen nicht unangebracht. Wir sind nun wirklich nicht der Mittelpunkt der Welt. Hat z. B. Konrad Falke die Worte, die er vor der Kriegssteuerabstimmung schrieb, nachträglich auf ihre Richtigkeit geprüft, nämlich: Die Augen aller Politiker Europas seien bei dieser Abstimmung auf uns wie auf ein Wetterglas gerichtet?

Sowohl die übertriebenen Hoffnungen von einem wesentlich durch unser Land gleichsam juristisch mitzuschaffenden, wenn möglich ewigen Friedenszustand der Völkerwelt,[1] als auch der übertriebene, ins Kulturelle übergreifende Nationalismus, der nun anfängt, in manchen Köpfen zu wuchern und von dem wir früher sprachen, sind Ausflüsse unrealistischen Denkens, das staatliche und politische Dinge zum Teil falsch sieht, zum Teil falsch wertet.

---

[1]) Man verstehe mich nicht falsch. Ich finde mich mit einer Welt voll Krieg und Streit durchaus nicht ab; aber ich kann an die (juristischen) Mittel und Wege, die man da aufzeigt, um aus ihr herauszukommen, nicht glauben.

Schluß.

Man wird jetzt den Grundgedanken unserer Darlegungen erkennen. Er ist theoretisch und praktisch. Theoretisch, insofern wir aus unserm nationalpolitischen Denken bestimmte Elemente und Strömungen erkenntnismäßig herausstellen wollten, und praktisch, insofern über diese Elemente und Strömungen ein, wenn nicht absolutes, so doch relatives Werturteil ausgesprochen werden sollte in dem Sinne, daß wir in diesen Elementen nicht die Mittel zur Lösung unserer gegenwärtigen nationalen Frage erblicken können, vielmehr hemmende Kräfte, von denen unser nationalpolitisches Denken zum Teil zu reinigen wäre.

Was die kulturpolitische Auffassung unserer nationalen Probleme, also ein in starkem Maß unpolitisches und unstaatliches Denken betrifft, so meine ich: wir müssen einen um so stärkeren Staat haben, weil wir eine einheitliche Kultur nicht haben können, weil wir keine natürliche Sprach- und Abstammungsnation sind und weil es aussichtslos ist, die bewußte pädagogisch-rationale Schaffung einer so intimen Kulturgemeinschaft bewirken zu wollen, daß sie zur konstitutiven Substanz der nationalen Einheit werden kann. Eine starke Staatsnation müssen wir werden, weil wir kein wahrer Nationalstaat sein können. Nicht Konzentration auf kulturnationales Denken und Fühlen soll die Losung sein, vielmehr Fortschritt vom kulturnationalen zum staatsnationalen Denken. Und wir müssen überdies unsern innern Staat um so intensiver ausbauen und erleben, weil wir ihm kein großes außenpolitisches Leben zumuten können. Ferner darf der Kosmopolitismus und allgemeinmenschliches Solidaritätsgefühl nicht die Hingabe an die unmittelbare und konkrete Gemeinschaft des Staates, an das „Nächste" erweichen und zerstören, das heißt, darf nicht — was praktisch doch meist der Fall ist — dazu führen, daß vulgärer egoistischer Indi-

vidualismus (oder edler geistiger Anarchismus) noch mehr herrschend werde. Denn dieser Individualismus füllt einerseits unser politisches Glaubensbekenntnis mit Idealen, die formellrechtlich doch zum größten Teil verwirklicht sind, und schwächt andererseits das Denken und Handeln aus staatlichem Zusammenhangsgefühl — z. B. volkswirtschaftlicher Solidarität — heraus.

Aber allerdings, die Opferkraft und die selbstlose Arbeit an der Volks- und Staatsgemeinschaft fließt nur aus Tiefen religiöser und sittlicher Fundamentierung, und statt über die „pathologischen" Erscheinungen bei den kriegführenden Völkern pharisäisch vom friedlichen Strand aus abzuurteilen, wäre besser, wir könnten von der innern Erhebung, die die Völker draußen neben allem Dunkeln und Häßlichen doch groß und gewaltig erleben, etwas zu uns herüber verpflanzen.

Mehr die theoretische Beurteilung der geschichtlichen Vorgänge um uns und bei uns betrifft die ideologische und doktrinäre, rationalistische und unhistorische Richtung, die vielfach unserm Denken, gerade auch unserer Kriegspublizistik anhaftet. Sie fälscht aber mit dem ihr oft beigesellten Dilettantismus nicht allein das Urteil nach innen und außen, sondern macht auch vielfach unfähig zu praktischer Tat.

Das sind Komponenten unseres politischen und geschichtlichen Denkens, denen wir im wesentlichen den Anspruch nicht zuerkennen können, als wären sie imstande, wahrhaft fruchtbar an unsern öffentlichen Aufgaben mitzuarbeiten. Es sind die Komponenten einer früheren Geschichtsperiode, in der sie z. T., das wollen wir nicht verkennen, eine geschichtliche Mission hatten. Unser Land hat nach Naturrecht und Aufklärung eine zu schwache Romantik hervorgebracht und ist deshalb eines bedeutsamen Gliedes der allgemein-abendländischen Geistesentwicklung, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, verlustig gegangen. —

Das alles wollen wir nicht nur uns selbst zum Bewußtsein bringen, sondern auch unsern Nachbarn, um ihnen manches, woran sie so starken Anstoß nehmen, erklärlicher zu machen.

DATE DUE

FEB 26 1992			
FEB 28 1992			
APR 19 2008			
FEB 25 2008			

